



Vorstandsbericht der
Deutschen Gesellschaft
für Soziale Psychiatrie

2017–2019

Inhaltsübersicht

Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands der DGSP

- Einleitung 3
- Sozial- und psychiatriepolitische Stellungnahmen der DGSP 6
- Berichte und Kommentare der DGSP 7
- Veranstaltungen und Tagungen 7
- Bericht der Schatzmeisterin 8

Bericht der Kassenprüfer

Bericht der DGSP-Geschäftsstelle

- Aufgaben der DGSP-Geschäftsstelle 9
- Personalsituation 10
- Sonstiges 10

Bericht der Stiftung für Soziale Psychiatrie

- Geschäftsführung 11
- Engerer und erweiterter Beirat der Stiftung 11
- Aktivitäten der Stiftung seit ihrer Gründung im Jahr 2007 11
- Veranstaltungen und Preisverleihungen der Stiftung in den zurückliegenden Jahren 11

„Soziale Psychiatrie“ – Mitgliederrundbrief der DGSP

Berichte der DGSP-Fachausschüsse (FA) und -Arbeitskreise (AK)

- Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung 14
- Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW) 14
- Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien (BWF) 16
- Fachausschuss Europa 17
- Fachausschuss Forensik 17
- Fachausschuss Forschung 18
- Arbeitskreis Psychiatrische Pflege 19
- Fachausschuss Psychopharmaka 20
- Fachausschuss Migration 21
- Fachausschuss Psychiatrie 4.0 21
- Fachausschuss Netzwerk Psychiatrie ohne Gewalt 23
- Fachausschuss Psychotherapie 24
- Fachausschuss Sucht 24
- Fachausschuss Wohnen 26

Berichte der DGSP-Landesverbände (LV)

- DGSP Baden-Württemberg e.V. (DGSP-BW) 26
- Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BayGSP) 27
- Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BGSP) 28
- Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BraGSP) 29
- DGSP-Landesverband Bremen e.V. 29
- Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HGSP) 29
- Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HeGSP) 30
- DGSP Niedersachsen e.V. (DGSP-N) 32
- Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (RGSP) 32
- DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. 33
- Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (SGSP) 33
- DGSP Saarland e.V. (DGSP Saar) 33
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt e.V. 33
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie Schleswig-Holstein e.V. (DGSP-SH) 33
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Thüringen e.V. 34
- Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (WGSP) 34

Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind:

Christel Achberger
Diplom-Psychologe, Flintbek
1. Vorsitzende

Jan Roscher
Heilpädagoge, Leipzig
1. stellvertretender Vorsitzender

Sven Bechtolf
Dipl. Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, Bremen
2. stellvertretender Vorsitzender

Stefan Corda-Zitzen
Diplom Sozialpädagoge, Mönchengladbach
Schatzmeisterin

Jessica Reichstein
Diplom-Sozialpädagogin, M.A. social work, Hamburg
Schriftführer

Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands der DGSP

Der geschäftsführende Vorstand legt alle drei Jahre seinen Geschäftsbericht der Mitgliederversammlung vor. Wir blicken auf drei Jahre Vorstandsarbeit seit unserer Wahl zurück und auf die zukünftige Arbeit des neu zu wählenden Vorstandes voraus, auf die zukünftigen Herausforderungen, die die DGSP als sozial- und psychiatriepolitischer Verband meistern muss.

Als wir gewählt wurden, haben wir uns zunächst Überlegungen zu unserer Zusammenarbeit gemacht. Wichtige Grundlage sollte die Teamarbeit sein, alle Vorstandsmitglieder sollten in gleicher Verantwortlichkeit für die Arbeit des Vorstandes stehen. Um eine kooperative Zusammenarbeit mit ausreichender Zeit für Diskussionen und gemeinsamen Entscheidungen zu entwickeln, haben wir uns die nachfolgende Arbeitsstruktur gegeben:

- Wir treffen uns am Vorabend der Sitzung des Gesamtvorstandes und führen eine ca. dreistündige Sitzung durch und nutzen den folgenden Tag bis zum Beginn der Sitzung des Gesamtvorstandes für unsere weiteren Beratungen.
- Wir treffen uns für einen Tag jeweils zwischen den Sitzungen des Gesamtvorstandes, in der Regel alle sechs Wochen.
- Monatlich findet eine Telefonkonferenz statt.
- Wir haben Zuständigkeiten für die Fachausschüsse und die ständigen Gremien benannt.

Diese Form der Zusammenarbeit haben wir in der zurückliegenden Amtszeit die drei Jahre durchgehalten. Manchmal war die Arbeitsbelastung grenzwertig, aber wir haben die Zusammenarbeit in dieser Form als gewinnbringend erlebt.

Auf diese Weise haben wir die vielfältigen Themen beraten, die sich u.a. in der Aufzählung der Stellungnahmen und der durchgeführten Tagungen spiegelt. Die DGSP hat Einfluss auf die Fachdiskussion genommen und Stellung zu sozialpolitischen Entscheidungen bezogen. Wir haben uns eingemischt. Dies war nur möglich, weil viele Akteure zusammengewirkt haben:

- Die Landesverbände der DGSP, die vor Ort an der Gestaltung der Psychiatrie mitwirken und sich im Austausch mit den anderen Landesverbänden über gute Lösungen, z.B. zum PsychKG, gegenseitig informieren.
- Die Fachausschüsse und Arbeitskreise, in denen der fachliche Diskurs im Mittelpunkt stand und steht. Die Kolleg*innen erarbeiteten Stellungnahmen und bereiteten Tagungen vor. Die Sprecher*innen der Fachausschüsse und Arbeitskreise arbeiteten im Gesamtvorstand mit.
- Neben der Unterstützung durch die Sprecher*innen der Landesverbände, Fachausschüsse und Arbeitskreise wird die Arbeit des Gesamtvorstandes durch die gewählten Vertreter*innen (erweiterter Vorstand) bereichert und mitgetragen.
- Der Gesamtvorstand ist sozusagen das „Gesamtteam“, das für die Arbeit des Verbandes steht, in dem sich unsere gemeinsame Arbeit spiegelt und unter fachlichen Gesichtspunkten mitgetragen wird.
- Der geschäftsführende Vorstand und die Geschäftsstelle haben die Arbeit zu koordinieren, abschließend zu beraten und nach außen zu vertreten.

Die Arbeit wird von vielen aktiven Personen und Gruppen getragen. Allen, die hier mitarbeiten, tragen zur Arbeit des Verbandes bei. Der geschäftsführende Vorstand bedankt sich für dieses Engagement. Ohne diese gemeinsame Arbeit wäre die Vielfalt psychiatrischer Themen nicht abzubilden.

Als geschäftsführender Vorstand möchten wir uns bei den Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle bedanken. Der große Einsatz aller Mitarbeiter*innen, von Richard Suhre, Patrick Nieswand, Marie Schmetz, Birgit Appelhans über Anke Kirchner, Thomas Müller, Michaela Hoffmann, Heidemarie Helfrich und Sonja Kirchner (die drei Letzgenannten arbeiten als geringfügig Beschäftigte) kann gar nicht genug hervorgehoben werden.

Thomas Müller und Marie Schmetz gestalten zusammen die Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“. Wir erhalten immer wieder positive Rückmeldungen zu den guten Beiträgen, der hohen inhaltlichen Fachlichkeit und zu den vielfältigen und gut gewählten Schwerpunktthemen unserer Verbandszeitung. Diese hohe Qualität der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“ baut auch auf die gute und verlässliche Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Redaktion dieser Zeitung auf. Dafür bedanken wir uns bei allen Redaktionsmitgliedern.

Marie Schmetz trägt mit der Gestaltung unserer Homepage, dem Newsletter, der Endredaktion der Stellungnahmen und der Pressearbeit die Ergebnisse unserer Arbeit erfolgreich in die Öffentlichkeit. Zurzeit gestaltet sie den Diskussionsprozess „DGSP-future“, in dem Positionen des Verbandes zu Zukunftsthemen erarbeitet werden. Flyer und Grundsätze werden in einem gemeinsamen Prozess mit den Mitgliedern des Gesamtvorstandes überarbeitet. Zielsetzung hierbei ist es, die DGSP als sozialpsychiatrischen Fachverband für die psychiatriefachlichen und gesundheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft inhaltlich wie auch handlungsorientiert gut vorzubereiten.

Christian Nieraese, der als ehrenamtlicher Geschäftsführer zusammen mit dem Stiftungsbeirat die Arbeit der „Stiftung für Soziale Psychiatrie“ gestaltet, ist für seine Arbeit zu danken. Wir alle blicken auf interessante Veranstaltungen am Vorabend der Jahrestagungen und zum europaweiten Protesttag für die Belange der Menschen mit Behinderungen zurück.

Wir haben unsere Kontakte, unser Netzwerk erweitert. Zu nennen sind hier:

- Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde e.V.
- Die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH
- Einzelne Politiker
- Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- Der Psychiatriereferent des Bundes
- Die Schweizer Gesellschaft für Sozialpsychiatrie
- Der Dachverband Gemeindepsychiatrie
- Der PARITÄTISCHE Gesamtverband
- Kontaktgespräch Psychiatrie

Wir haben mitgewirkt

- an Konsensuskonferenzen zur Fortschreibung bzw. Entwicklung der S3-Behandlungsleitlinie Schizophrenie 2019 (Jann Schlimme, Uwe Gonther),
- S3-Leitlinie Psychosoziale Therapien bei schweren psychischen Erkrankungen 2019 (Christel Achberger, Silvia Krumm),
- S3-Leitlinie Verhinderung von Zwang: Prävention und Therapie aggressiven Verhaltens bei Erwachsenen 2018 (Stefan Debus) und
- am Dialog zur Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen (SGB V), koordiniert durch die APK. Jessica Reichstein vertritt dort die DGSP in der beratenden Expertengruppe.

■ Abgabe einer Stellungnahme an den Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) zu den Verhandlungen zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik (PPP).

Einige Themen haben uns über die letzten Jahre begleitet und werden uns zukünftig weiter herausfordern, z.B.:

■ Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG)

Nach der Diskussion während des Prozesses der Gesetzgebung stand die Umsetzung des Gesetzes im Mittelpunkt. Wir befassten uns u.a. mit den Empfehlungen des Deutschen Vereins, den verschiedenen Bedarfserhebungsinstrumenten, dem Verfahren der Umwandlung von stationären Wohnangeboten in „besondere Wohnformen“, den gesetzlich vorgesehenen Umsetzungsschritten auf Landesebene. Eine Frage der Zukunft wird sein, ob es gelingen wird, durch die Umsetzung des BTHG die Ziele und Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention in der Gesellschaft im Sinne der psychisch erkrankten Menschen umzusetzen.

■ Zwang und Gewalt in der Psychiatrie

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und Bundesgerichtshofes sowie eine Anhörung im Bundestag setzten klare Leitlinien für die Anwendung von Zwang in der psychiatrischen Versorgung und Behandlung.

In der DGSP wurde ein neuer Fachausschuss „Netzwerk Psychiatrie ohne Gewalt“ gegründet.

■ Pharmakobehandlung

Die Behandlung mit Psychopharmaka (Nebenwirkungen, Reduzieren und Absetzen) und die weiterhin ansteigende Häufigkeit der Anwendung der Elektrokrampftherapie (EKT)

■ Missstände in Einrichtungen und Kliniken

Immer wieder werden wir durch Anrufe in der Geschäftsstelle auf Missstände in der psychiatrischen Versorgung und Behandlung über alle Bereiche hinweg hingewiesen. Auch durch den Bericht des „Team Wallraff“ sind wir mit dieser Problematik konfrontiert und wollen uns intensiver mit dieser Herausforderung befassen.

■ Digitalisierung

Der Prozess der Digitalisierung ist auch für die DGSP eine Herausforderung. Nutzen und Gefahren dieser technischen Entwicklung für den Bereich der Behandlung psychisch erkrankter Menschen gilt es von Anbeginn an zu beachten und zu reflektieren. Über digitalisierte Beratungs- und Therapieprogramme kann Menschen mit einer Depression geholfen oder sprachlich entsprechend gestaltet auch für Flüchtlinge Hilfen angeboten werden. Aber auch an die Gefahren ist zu denken, insbesondere hinsichtlich des Datenschutzes, auch an eine fortschreitende Isolation einzelner Betroffener und das derzeitige Fehlen einer fachlich gründlichen Eingangsdiagnostik.

Aber auch verbandsinterne Themen forderten und fordern uns rückblickend, aber auch zukünftig heraus:

■ Die Situation in den Landesverbänden stellt sich heterogen dar. Einerseits gibt es Landesverbände, die sehr aktiv in der psychiatriepolitischen Gestaltung involviert sind, und andererseits leiden Landesverbände unter dem Mangel an aktiven und engagierten Mitgliedern, was im Einzelfall zur Vereinsauflösung führt, wie z.B. die Situation im Land Brandenburg zeigt. Die Frage, wie wir uns als Verband für neue Mitglieder attraktiv machen können, beschäftigt uns auf Bundesebene in der zurückliegenden Amtsperiode intensiv. Neben einer gelungenen Verbesserung unserer Außerendarstellung muss es weiterhin darum gehen, mit fachlichen Positionen in der Fachöffentlichkeit erkennbar zu sein und als unabhängiger und kritischer Fachverband zu punkten.

Die Fachausschüsse und Arbeitskreise mit ihren spezifischen Themenstellungen bieten dem Verband ein großes fachliches Potenzial, das zukünftig noch deutlicher nach außen getragen und auch in den Landesverbänden mehr genutzt werden sollte.

Durch die Durchführung von Vorkongressen bei den Jahrestagungen für Studierende konnten wir die DGSP mit ihren Themen und Aktivitäten im Kreise der zukünftig psychosozial Tätigen bekannt machen. Daneben werden durch die Geschäftsstelle auch Weiterbildungseinrichtungen im Feld der Psychiatrie kontaktiert, um den Verband bei den Teilnehmenden der Weiterbildungen vorzustellen.

■ Wirtschaftliche Situation des Vereins

Der Verband finanziert seine Aktivitäten über das Aufkommen der Mitgliedsbeiträge und über die Einnahmen aus den angebotenen Fort- und Weiterbildungen. Angesichts des Weggangs von Mitgliedern wurde auf der Mitgliederversammlung im Jahr 2018 eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beschlossen. Bei der Mitgliederentwicklung der DGSP macht sich aktuell sehr deutlich bemerkbar, dass die „dritte“ Mitgliedergeneration in den wohlverdienten Ruhestand wechselt und dass etliche Kolleg*innen dies aus den unterschiedlichsten Gründen zum Anlass nehmen, ihre Vereinsmitgliedschaft zu beenden. Im Bereich der Fort- und Weiterbildungen wird es immer schwieriger, die notwendige Anzahl von Teilnehmer*innen zu gewinnen. Dies kann möglicherweise an dem mittlerweile bestehenden Personalnotstand in einer Vielzahl der psychiatrischen Arbeitsbereiche liegen, die die Anwesenheit am Arbeitsplatz absolut notwendig macht.

Gute Sozialpsychiatrie ist nicht selbstverständlich – deren Entwicklung und Bestand ist zu fordern, zu fördern und abzusichern!

Für eine menschenwürdige und fachlich qualitativ hochwertige sozialpsychiatrische Versorgung und Behandlung stehen gute Konzepte und Maßstäbe zur Verfügung. Deren konsequente Umsetzung in die Praxis hängt von den oftmals engen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, die durch die Leistungsträger vorgegeben sind bzw. wie sie durch die Leistungserbringer umgesetzt werden, ab.

Die fachlichen Aussagen, die sich beispielsweise aus

- dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK),
- dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen, kurz Bundesteilhabegesetz (BTHG),
- aus den Konzepten von Recovery und Empowerment,
- dem Anspruch der partizipativen Entscheidungsfindung,
- den Vorgaben der diversen S3-Leitlinien und
- den höchstrichterlichen Urteilen zu Zwang in der psychiatrischen Unterbringung und Behandlung usw.

ergeben, sind für unsere psychiatriepolitische Perspektive und für die notwendigen Handlungen und Aktivitäten grundlegend. Sie werden uns als Richtschnur dienen, um Reformprozesse wie die Umsetzung des BTHG oder neue Finanzierungskonzepte für die stationäre Behandlung, wie z.B. die „Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik (PPP)“, zu analysieren und zu bewerten. Neben Analyse und Bewertung sind Strategien zu entwickeln, wie der Widerspruch zwischen geforderter qualitativer Fachlichkeit und der mängelbehafteten Praxis aufzulösen ist.

Mögliche Strategien, die hier zielführend sein können:

- Die politische und gesetzgeberische Forderung der Stärkung der Rechte der Menschen mit Behinderung
- Die Forderung nach umfassender und konsequenter Partizipation der Menschen mit Behinderung in allen sie betreffenden Belangen
- Eine weiterhin intensive Vernetzung mit verbandslichen Bündnispartnern und Einzelexpert*innen

- Die Dokumentation von Missständen und Erarbeitung daraus abzuleitender Forderungen zur Situationsverbesserung
- Die Forderung nach verbindlicher Förderung von dialogischen Beschwerdestellen, Einrichtung von Notteltelefonen und Gewährleistung von Abhilfe bei Notlagen, verbindliche und konsequente Arbeit der Aufsichtsbehörden und Beschwerdekommisionen
- Der Markt- und Wettbewerbsorientierung im Gesundheits- und Sozialsystem sind Kooperationsformen zwischen den Leistungserbringern entgegenzustellen, die die Interessen psychisch erkrankter Menschen und deren Angehörige durch qualitativ hochwertige Leistungsangebote sicherstellen.
- Dem Gebot der strengen Wirtschaftlichkeit des § 12 SGB V, S. 1 „Die Leistungen müssen ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sein; sie dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten“ ist der Anspruch nach SGB VII, § 1, S. 2 „[...] die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen [...]“ entgegenzusetzen. Die Achtung vor der Menschenwürde der Patient*innen verlangt von uns die Forderung, alle wissenschaftlich bekannten Möglichkeiten der Behandlung der Erkrankung zu nutzen und gegenüber der Politik und den Leistungsträgern durchzusetzen.
- Die Forderung nach Transparenz in den Gesetzgebungsverfahren und in der Ausführung der Gesetze im Rahmen von Maßnahmen, Programmen und Angeboten der Leistungserbringung ist grundsätzlich aus demokratiesichernden Gründen wie auch im Einzelfall notwendig.

Der Vorstand

Sozial- und psychiatriepolitische Stellungnahmen der DGSP

Nachfolgend sind hier die Stellungnahmen der DGSP zu sozial- und psychiatriepolitischen Themen und Fragen aufgeführt, die im Berichtszeitraum erarbeitet und veröffentlicht wurden. Anders als in den vorherigen Vorstandsberichten belassen wir es angesichts der Fülle von Stellungnahmen bei einer Auflistung ohne eine kurze inhaltliche Kommentierung. Die hier gelisteten Stellungnahmen sind alle auf der Homepage der DGSP in voller Länge zu finden: <https://www.dgspev.de/veroeffentlichungen/stellungnahmen.html>

Stellungnahmen im Jahr 2019

- Verbändedialog Psychiatrische Pflege: Definition und Grundlage psychiatrischer Pflege (26. August 2019)
- Aussagen der DGSP zu Peer-Involvement, Peer-Support / Peer-Arbeit (19. August 2019)
- DGSP-Stellungnahme zum Thema Selbstbestimmung und Partizipation im Rahmen des SGB-V-Dialogs (15. August 2019)
- Stellungnahme der DGSP e.V. zu dem Beschlussentwurf über eine Erstfassung der Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie (10. Juli 2019)
- Gestufte Patientenverfügung – Advanced Care Planning (ACP). Diskussion im Arbeitskreis Pflege in der DGSP (15. Juni 2019)
- Forderungen der DGSP zu „Annahmen und Fakten zur Wirkung von Antidepressiva“ (12. Juni 2019)
- Annahmen und Fakten: Antidepressiva (Fachausschuss Psychopharmaka, 12. Juni 2019)
- Fachpolitische Konkretisierung für die Handlungsempfehlungen des Kontaktgesprächs Psychiatrie: „Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil – Komplexe Hilfen in der Lebenswelt sichern!“ (23. Mai 2019)
- Stellungnahme zur Gesetzesvorlage des „Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ (1. Mai 2019)
- Stellungnahme zur RTL-Sendung „Team Wallraff – Undercover in Psychiatrien und Jugendhilfe“ (18. März 2019)
- Erwiderung auf den Änderungsantrag des Bundesministeriums für Gesundheit zum Regierungsentwurf für das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) (1. Februar 2019)
- Stellungnahme zum Referentenentwurf Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz (30. Januar 2019)

Stellungnahmen im Jahr 2018

- Positionspapier des DGSP-Fachausschusses Sucht zur Freigabe von Cannabis (3. Mai 2018)
- Stellungnahme der BayGSP zum Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung für ein Bayerisches PsychKHG (10. April 2018)
- Grundlagenpapier DGSP 2018 (3. April 2018)
- Zweiter Brief des FA Migration zum Thema „Situation besonders schutzbedürftiger Menschen im Asylverfahren“ (15. Oktober 2018)
- Erster Brief des FA Migration zum Thema „Situation besonders schutzbedürftiger Menschen im Asylverfahren“ (28. Mai 2018)
- Stellungnahme des AK Pflege zum Koalitionsvertrag vom 12. März 2018, zu VII. „Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten“ (Punkt 4 „Gesundheit und Pflege“) (April 2018)
- Verbände des Kontaktgesprächs Psychiatrie: Forderungen zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen des psychiatrischen Maßregelvollzugs und des Maßregelrechts (Stand: November 2018)

Stellungnahmen im Jahr 2017

- Soziale Psychiatrie und Klinik (Dezember 2017)
- Offener Brief des Fachausschusses Migration an Teilnehmer*innen der Jamaika-Sondierungsgespräche (14. November 2017)
- Stellungnahme zum Stellenwert antidepressiver Medikamente (5. Oktober 2017)
- Thesen zur Soziotherapie (20. September 2017)
- Gemeinsame Stellungnahme der DGSP und des DVGP zum Home Treatment in Deutschland (Juli 2017)

Berichte und Kommentare der DGSP

Handreichung „Rechtswege und Rechtsschutz im Maßregelvollzug“
Der Fachausschuss Forensik hat das Papier „Rechtswege und Rechtsschutz für nach den §§ 63 und 64 StGB in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt untergebrachte Personen“ herausgegeben. Es bietet einen Überblick über den Rechtsschutz, der im Maßregelvollzug in Deutschland untergebrachten Personen gewährt wird. Das Papier enthält Hinweise auf Gesetze, behördliche Zuständigkeiten, Tipps und gibt Anregungen für vertiefende Literatur.

Dokumentation zur Expertenanhörung der DGSP zur Nutzung von Antidepressiva

Am 26. Januar 2018 hat die DGSP in Frankfurt am Main ein Expertenhearing zur Nutzung von Antidepressiva durchgeführt. Auf unserer Website finden Sie das Protokoll zur Veranstaltung. Eingeladene Expert*innen, die nicht teilnehmen konnten, hatten Gelegenheit, sich schriftlich zu unseren Fragen zu äußern. Eingereichte Antworten sind ebenfalls dokumentiert.

Bericht über die mündliche Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen „Fixierung im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Unterbringung“ von Dr. Heinz Kammeier

Zwei Männer haben gegen ihre Fixierung in psychiatrischen Krankenhäusern Verfassungsbeschwerde eingereicht. Ende Januar 2018 fand die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) statt. Dr. jur. Heinz Kammeier war im Auftrag der DGSP als Prozessbeobachter vor Ort. Er berichtet über die zweitägige Verhandlung.

UN-Bericht zum Zustand der Psychiatrie weltweit

Die DGSP hat den Bericht des UN-Sonderberichterstatters Dainius Pūras über das Recht aller Menschen auf bestmögliche körperliche und seelische Gesundheit übersetzt. Pūras beurteilt den Zustand der Psychiatrie weltweit als nicht akzeptabel und fordert einen Paradigmenwechsel.

Arbeitspapier zum Begriff der Teilhabe

In der „Sozialen Psychiatrie“ 158 (Heft 04/2017) war bereits eine Kurzversion des Beitrags erschienen. Auf unserer Website finden Sie den vollständigen Artikel von Christian Reumschüssel-Wienert zum Begriff der Teilhabe und verwandten Konzepten.

Wahlprüfsteine

Die DGSP hat Ende April 2017 die politischen Parteien befragt, welche weiteren Entwicklungsschritte in der psychiatrischen Versorgung für die nächste Legislaturperiode angeboten werden. Unsere Fragen: Wie wollen sich die Politiker*innen im Einzelnen für eine bessere Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen einsetzen? Wie wollen sie dafür Sorge tragen, dass diese Menschen nicht mehr gesellschaftlich ausgegrenzt werden? Die Parteien haben geantwortet.

Darüber hinaus sind die „denk-an-stöße: Grundsätze – Kontroversen – Ziele“ in 5., überarbeiteter Auflage veröffentlicht worden.

Außerdem wurden die Ergebnisse des Forensik-Fachtags mit dem Titel „Zum gesellschaftlichen Umgang mit Gefährlichkeit“ in der Zeit vom 19. bis 20. Oktober 2017 in der evangelischen Akademie Bad Boll unter der Überschrift „Forderungen zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen des psychiatrischen Maßregelzugs und des Maßregelrechts“ in Broschürenform veröffentlicht.

Veranstaltungen und Tagungen

Folgende Veranstaltungen und Tagungen wurden durch die Bundes-DGSP bzw. mit Unterstützung durch die Bundesgeschäftsstelle durchgeführt:

Im Jahr 2016

Neben den bereits im Vorstandsbericht für den Zeitraum 2014–2016 erwähnten Tagungen des Verbandes fand am 11. November der Fachtag Forensik mit dem Titel „Gemeindepsychiatrie und Forensik – geht das zusammen?“ statt.

Die Betreuung und Begleitung ehemals forensisch untergebrachter psychisch kranker Menschen in sozialpsychiatrischen Diensten und Einrichtungen wird zunehmend ein wichtiger Bestandteil der regionalen Versorgungsverpflichtung im Gemeindepsychiatrischen Verbund.

Mit der Tagung wurden Fragen innerhalb dieser Entwicklung bearbeitet, Perspektiven zu dieser Thematik aus triadischer stationärforensischer und gemeindepsychiatrischer Sicht entwickelt und Best-Practice-Modelle vorgestellt.

Im Jahr 2017

Der 5. Fachtag Arbeit des Fachausschusses Arbeit und Beschäftigung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) e.V. mit dem Titel „Arbeit, Arbeit, nix als Arbeit“ fand am 30. März 2017 in Hamburg statt.

„Inklusive Arbeit“ ist ein zentraler Bestandteil psychischer Gesundheit. Die Teilhabe am Arbeitsleben jedoch ist für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen oder einer seelischen Behinderung mit hohen Barrieren verknüpft. Welcher Arbeitsmarkt ist offen für Menschen, die von Funktionsstörungen des Denkens und Fühlens betroffen sind, wiederkehrende Krankheitsepisoden erleiden und für die Stress seelische Krisen verursachen kann? Diesen Fragen gingen die Teilnehmenden des Fachtags nach.

Der 2. Fachtag zum Thema Neuroleptika der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. in Kooperation mit dem DGSP-Landesverband Thüringen e.V. fand am 5. Mai 2017 in der Tagungs- und Begegnungsstätte Zinzendorfhaus mit dem Titel „Psychose-Begleitung und Neuroleptika. Über Möglichkeiten, in der Psychose-Begleitung und -Behandlung Neuroleptika möglichst niedrig zu dosieren und auf sie zu verzichten“ statt.

Der Fachtag „„Teilhabe für alle!“ – Übergänge gestalten. Das Bundes-teilhabegesetz (BTHG) und die ‚Schwierigsten‘“ fand in Kooperation mit anderen Verbänden am 27. Juni 2017 in den Räumen des Landesgeschäftsverbands Rheinland statt.

Zum Zeitpunkt dieser Fachtagung waren fünf Jahre seit der Kölner Tagung „Verantwortung für die ‚Schwierigsten‘ übernehmen“ und knapp ein halbes Jahr seit Inkrafttreten des neuen Bundes-teilhabegesetzes (BTHG) vergangen. Zu diesem Zeitpunkt waren wesentliche Neuregelungen des BTHG noch nicht in Kraft getreten; noch fehlten zahlreiche Ausführungsbestimmungen auf Landes- und kommunaler Ebene. Die Tagung verfolgte das Ziel, die absehbaren Auswirkungen des BTHG auf die „Schwierigsten“ in den Blick zu nehmen. Es ging um Menschen mit psychischer Behinderung, die einen hohen oder komplexen Hilfebedarf haben, eine geringe Absprachefähigkeit und Mitwirkungsbereitschaft aufweisen oder herausforderndes

Verhalten zeigen und für die es daher schwierig ist, ein geeignetes Wohn- und Betreuungssetting zu finden. Die Fachtagung sollte Orientierung bieten und in politische Forderungen münden, die beim Ringen um eine angemessene Umsetzung des BTHG vor Ort verwendet werden können.

Der jährliche Gedenktag „Gegen das Vergessen: Aus der Geschichte lernen. Begleitprogramm zur Gedenkveranstaltung für die Opfer von ‚Euthanasie‘ und Zwangssterilisation“ fand am 1. September 2017 in Berlin statt. Zum sechsten Mal veranstalteten die 14 Verbände des Kontaktgesprächs Psychiatrie diese Veranstaltung. Für Programm-entwicklung, Organisation und Durchführung war die DGSP-Geschäftsstelle federführend tätig.

Der Forensik-Fachtag mit dem Titel „Zum gesellschaftlichen Umgang mit Gefährlichkeit“ fand in der Zeit vom 19. bis 20. Oktober 2017 in der Evangelischen Akademie Bad Boll statt.

Die Fachtagung erfolgte in Kooperation mit der Akademie und den Verbänden des Kontaktgesprächs Psychiatrie. An der von der DGSP federführend organisierten Veranstaltung nahmen 80 Personen teil.

Die Jahrestagung der DGSP e.V. fand in der Zeit vom 23. bis 25. November 2017 in Hamburg statt. Unter dem Titel „Gemeinsam bewegen! Kooperation. Partizipation. Inklusion“ wurde über Möglichkeiten entgegen der Vereinzelung und Marktorientierung nachgedacht und diskutiert. Dabei spielten nachfolgende Schlüsselbegriffe eine strukturierende Rolle:

Zivilgesellschaft – Die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Netzwerke als politische Kraft und deren Wirkmächtigkeit galt es zu verstehen und zu nutzen.

Partizipation ist ein zentraler Bestandteil sozialpsychiatrischer Praxis. Bisherige Formen der Partizipation sind zu reflektieren und zu prüfen.

Kooperation unterschiedlicher Akteure ist keine Selbstverständlichkeit. Die Voraussetzungen und Bedingungen einer erfolgreichen Kooperation galt es zu klären.

Den Menschen als ganzheitliches und soziales Wesen – das in der Welt ist – zu verstehen, ist und bleibt grundlegend. Das bestehende Krankheitsverständnis galt es auf der Basis der Leitbegriffe zu reflektieren und zu prüfen. Im Vorfeld der Jahrestagung war es wieder gelungen, einen studentischen Kongress zu organisieren.

Im Jahr 2018

Hearing zu Antidepressiva

Eine Anhörung von Expert*innen zum Thema „Anwendung von Antidepressiva und dessen Folgen“ fand am 26. Januar 2018 im Tagungshaus „Hoffmanns Höfe“ in Frankfurt statt. Dieses Hearing sollte der Vorbereitung einer öffentlichen Debatte über den zukünftigen Einsatz der Medikamente in der Behandlung und gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit einer psychischen Erkrankung dienen. Anhand eines umfassenden Fragenkataloges wurde an dem Thema gearbeitet. Bedauerlicherweise sagten einige Experten kurzfristig ihre Teilnahme ab.

Der 7. Gemeinsame Fachtag „Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare Herausforderung zum gemeinsamen Handeln“ war für den 19. April 2018 mit anschließendem 5. Gemeinsamen Intensivworkshop für den 20. April 2018 in Frankfurt am Main geplant und organisiert worden. Leider musste der Fachtag „Sucht“ und der Workshop erstmalig mangels Interesse abgesagt werden.

Die 3. Fachtagung zum Thema „Neuroleptika“ der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. in Kooperation mit „Pandora“ – Selbsthilfeverein für Psychiatrie-Erfahrene e.V. Nürnberg fand mit dem Titel „Psychose-Begleitung und Neuroleptika. Über Möglichkeiten, in der Psychose-Begleitung und -Behandlung Neuroleptika

möglichst niedrig zu dosieren und auf sie zu verzichten“ am 28. April 2018 in der Technischen Hochschule Nürnberg statt.

Der jährliche Gedenktag „Gegen das Vergessen: Aus der Geschichte lernen. Begleitprogramm zur Gedenkveranstaltung für die Opfer von ‚Euthanasie‘ und Zwangssterilisation“ fand am 31. August 2018 in Berlin statt.

Zum siebten Mal veranstalteten die 14 Verbände des Kontaktgesprächs Psychiatrie diese Veranstaltung. Der thematische Schwerpunkt lag auf der Perspektive der Angehörigen der Opfer. Für Programmentwicklung, Organisation und Durchführung war die DGSP-Geschäftsstelle federführend tätig.

Die *Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.* fand in der Zeit vom 15. bis 17. November 2018 in Magdeburg statt. Das Thema der Veranstaltung lautete: „Sozialpsychiatrische Versorgung unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Ungleichheiten“.

Trotz sozialstaatlicher Errungenschaften und der Vorgaben durch die UN-Behindertenrechtskonvention sind psychisch erkrankte und behinderte und von psychischer Behinderung bedrohte Menschen von dem Zustand der vollen und gleichen Teilhabe mehr oder weniger weit entfernt. Sie sind tendenziell und oftmals tatsächlich gesellschaftlich ausgesondert und gehören häufig der Gruppe der Schwächsten innerhalb der Gesellschaft an. Als solche sind sie gesellschaftlicher Ungleichheit in besonderem Maße ausgesetzt – mit den dazugehörigen Konsequenzen wie Isolation, Verarmung, Verelendung. Nicht zuletzt hängt das Maß ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und gesundheitlichen Versorgung immer mehr vom Wohnort ab.

Den Folgen gesellschaftlicher Ungleichheit, damit einhergehende Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze wurden im Plenum und in Arbeitsgruppen diskutiert.

Im Jahr 2019

Der 6. *Fachtag Arbeit des Fachausschusses Arbeit und Beschäftigung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.* fand am 14. März 2019 in Berlin unter dem Titel „ARBEIT – MACHT – SELBSTBESTIMMUNG“ statt.

Durch Arbeit zu einer selbstbestimmten Teilhabe gelangen – so die Hoffnung vieler Betroffener. Zugängliche Arbeitsangebote für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen bewegen sich im Spannungsfeld zwischen der Förderung von persönlicher Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe einerseits und erforderlicher Wirtschaftlichkeit von Erwerbsarbeit andererseits. Dies führt zu Herausforderungen und vielen Fragen im Umgang mit Macht und Ermächtigung bei allen Beteiligten. Die Tagungsteilnehmenden widmeten sich engagiert in der Bearbeitung dieser Thematik mit den damit verbundenen vielfältigen Fragen.

Die 4. *Fachtagung zum Thema „Neuroleptika“ der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.* mit dem Titel „Psychose-Begleitung und Neuroleptika. Über Möglichkeiten, in der Psychose-Begleitung und -Behandlung Neuroleptika möglichst niedrig zu dosieren und auf sie zu verzichten“ fand am 17. Mai 2019 in Lübeck statt. An der lebendigen Veranstaltung in der Dorothea-Schlözer-Schule nahmen 120 interessierte Personen mit unterschiedlichem Hintergrund teil.

Die Tagung „*Hilfe ohne Wenn und Aber! Psychosoziale, medizinische und rechtliche Betreuung von Geflüchteten und Migrant*innen*“ fand am 6. September 2019 in Dresden mit ca. 150 Teilnehmenden statt. Es war ein gemeinsamer Fachtag der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) / Fachausschuss Migration, der Sächsischen Landesärztekammer (SLÄK) und des Sächsischen Flüchtlingsrates (SFR).

Die Gesundheitsversorgung geflüchteter Menschen wird maßgeblich durch die Bundesgesetzgebung bestimmt. Für Länder und Kommunen bestehen dennoch Spielräume! Im Rahmen des Fachtags wurde diese mit Vertreter*innen aus Politik, der Dresdner Flüchtlingsambulanz, der Traumaambulanz, der Flüchtlingssozialarbeit, des Psychosozialen Zentrums, der Härtefallkommission sowie mit Jurist*innen diskutiert.

Bericht des Schatzmeisters

Nach § 9 (7) der Satzung der DGSP ist durch die Schatzmeisterin/den Schatzmeister alle drei Jahre am Ende der Amtszeit des geschäftsführenden Vorstandes ein Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Die Berichte der Jahresabschlüsse 2016, 2017 und 2018 wurden von den Steuerberatern Minartz und Bundt, Partnerschaft Köln ordnungsgemäß vorgelegt. Die Ordnungsmäßigkeit der Jahresabschlüsse wurde bestätigt. Aus den betriebswirtschaftlichen Auswertungen sind keine wesentlichen Abweichungen von den Haushaltsplanungen zu erkennen. Geplante und erwartete Jahresfehlbeträge sind kontinuierlich gesunken. Risiken bestehen aufgrund einer im Jahr 2019 wirksamen Beitragserhöhung zurzeit nicht.

Der Aufwand im Bereich der ideellen Tätigkeiten des Vereins ist im Wesentlichen durch die Personalausgaben bestimmt. Die Personalkosten sind in den zurückliegenden Jahren aufgrund der Tarifsteigerungen gestiegen. Weiterhin sind durch die Beendigung der Tätigkeit von Beschäftigten und der Gestaltung von Übergangszeiten Personalkostensteigerungen zu verzeichnen. Diese Kosten sind bisher durch Rücklagen gedeckt.

Die Erträge des Vereins setzen sich im Wesentlichen aus den Mitgliedsbeiträgen und den Einnahmen im Fortbildungsbereich und Tagungen zusammen.

Die DGSP hatte zum 31.12.2016 1859 Mitglieder. Bis zum 21.10.2019 sind 1768 Mitglieder zu verzeichnen. Diese Entwicklung setzt sich seit Jahren fort. Es scheiden jedes Jahr mehr Mitglieder, meist aus Altersgründen, aus als eintreten. Aus diesem Grund wurde in der Mitgliederversammlung 2018 erstmalig seit mehr als 10 Jahren, eine ab 2019 wirksame Beitragserhöhung beschlossen. Strategien zur Mitgliedergewinnung sind seit 3 Jahren ein fortwährender Bestandteil der Planungen.

Die Nachfrage nach Fortbildungen ist nach wie vor sehr gut. In diesem Bereich sind zurzeit keine Risiken für die Erträge zu erkennen. In dem Berichtszeitraum haben sich jeweils geplante und vorauszu- sehende Jahresfehlbeträge ergeben, die aus den Rücklagen entnommen wurden. Durch die Beitragserhöhung und die gut besuchten Fortbildungen ist eine ab 2019 erstmals seit 3 Jahren wieder ein Jahresüberschuss zu erwarten.

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum eine umsichtige Haushaltsplanung umgesetzt und ist verantwortungsvoll und sparsam mit den Mitteln des Vereins umgegangen.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte und verantwortungsbewusste Arbeit.

Schatzmeister:

Stefan Corda-Zitzen

Bericht der Kassenprüfer am 21.10.2019

Vorliegende Unterlagen:

Jahresabschluss 2016, 2017 und 2018, alle Konten und alle Originalbelege, zusätzlich fand ein Gespräch über die Finanzeinschätzung der letzten beiden Jahre mit Birgit Appelhans, Patrick Nieswand und Richard Suhre statt.

Ergebnis

Es ergibt sich wie bei der letzten Kassenprüfung eine ausgeglichene Bilanz, wobei die Entwicklung als positiv zu bezeichnen ist. Insgesamt sind die GeschäftsstellenmitarbeiterInnen und der geschäftsführende Vorstand im überprüften Zeitraum verantwortungsvoll und sparsam mit den zur Verfügung stehenden Geldern satzungsgemäß umgegangen.

Veränderungen und Entwicklungen aus der Sicht der Kassenprüfer

- Die Mitgliederentwicklung ist weiterhin leicht rückläufig.
- Die Zahl der institutionellen Mitglieder ebenso leicht rückläufig.
- Die finanzielle Basis der DGSP setzt sich weiterhin aus den Mitgliedsbeiträgen und aus den Erlösen der Fortbildungen zusammen. Wobei zunehmend die Erträge aus den Fortbildungen das finanzielle Fundament bilden.
- Bei den Fortbildungsangeboten, die längerfristig andauern wie SPZA, ist die Teilnehmerzahl pro Kurs rückläufig und somit eine generelle Einbuße des Überschusses eingetreten. Die Kurzfortbildungen verzeichnen weiterhin einen Anstieg und eine größere Teilnehmerzahl. Diese Erlöse stellen ein wichtiges Standbein der DGSP dar.

In den nächsten Jahren stehen personelle Veränderungen in der Geschäftsstelle an, die zunächst für den reibungslosen Übergang einen höheren Aufwand erforderlich machen. Im Rückblick der letzten Jahre muss erwähnt werden, dass die Geschäftsstelle nur sehr geringe Kostensteigerungen verursacht hat.

Soweit es im Rahmen einer Prüfung durch Stichproben möglich ist, wird hiermit die ordnungsgemäße Verwendung der Vereinsgelder im Sinne der Zielsetzung und Satzung der DGSP bescheinigt.

Der Kassenprüfer stellt fest, dass die finanziellen Ressourcen im Prüfungszeitraum gezielt eingesetzt wurden und sehr sparsam gewirtschaftet worden ist.

Köln, Montag, 21. Oktober 2019

Karl Ziegler

Karl Ziegler
Gabelsberger Str. 4
83527 Haag

Bericht der DGSP-Geschäftsstelle

Aufgaben der DGSP-Geschäftsstelle

In der DGSP-Bundesgeschäftsstelle in Köln werden alle wesentlichen Aktivitäten des Bundesverbandes gebündelt. Zu dem umfassenden Aufgabenspektrum gehören unter anderem:

- Information und Koordination zwischen Vorstand, Landesverbänden, Fachausschüssen/Arbeitskreisen und kooperierenden Partnerverbänden
- Vor- und Nachbereitung von und Teilnahme an den Sitzungen des erweiterten und des geschäftsführenden Vorstands; Vorbereitung, Beteiligung und Protokollierung der monatlichen Telefonkonferenzen des geschäftsführenden Vorstandes
- Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen zu psychiatriepolitischen Themen, z.B. gemeinsame Stellungnahmen zu Fachthemen
- Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von DGSP-Tagungen und deren Durchführung, Zusammenarbeit mit den Vorbereitungsgruppen vor Ort und kooperierenden Verbänden, Programmstellung und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation des Tagungsbüros vor Ort, Finanzierungsplanung und Abrechnung
- In den letzten Jahren hat die Anzahl der DGSP-Tagungen deutlich zugenommen und zu einem Zuwachs des Arbeitsaufwandes geführt. Eine finanzielle Unterstützung der von der DGSP angebotenen Fachtagungen findet, wenn überhaupt, nur sporadisch und dann in einem geringfügigen Umfang statt. Dies stellt eine große Herausforderung bei der Veranstaltungsplanung dar und erfordert intensive Suche nach kreativen und kooperativen Lösungen. Dank der solidarischen Haltung aufseiten der Referent*innen und anderer Beteiligter sowie der vielfältigen Kooperationen z.B. mit Hochschulen und befreundeten Verbänden ist es bislang gelungen, die Veranstaltungen auch ohne staatliche Unterstützung durchzuführen. Unser Bemühen geht auch weiterhin in die Richtung, sozial verträgliche Eintrittspreise bei den DGSP-Tagungen zu ermöglichen.
- Herausgabe der Mitgliederzeitschrift „Soziale Psychiatrie“, Redaktionsleitung und Herstellung, Koordination mit der ehrenamtlich tätigen Redaktionsgruppe, Vorbereitung und Leitung der Redaktionsitzungen; Anzeigenakquisition, Kontakte zu Verlagen und Zeitschriften, Aboverwaltung
- Inhaltliche Planung/Weiterentwicklung und organisatorische Abwicklung zahlreicher DGSP-Fortbildungen, wie z.B. der Weiterbildungen: Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA), Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter, Weiterbildung zur Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (FAB), Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern, Traumazentrierte Fachberatung (fand letztmalig 2018 statt), Entwicklung und Organisation von Fortbildungsangeboten zur Umsetzung des BTHG
- Organisation und Durchführung von Beiratssitzungen der Weiterbildungen, DGSP-Kurzfortbildungen, Mitarbeit im Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung der DGSP und weiteren Fachausschüssen

- Öffentlichkeitsarbeit (Internet, Medien, Broschüren etc.) und Gremienarbeit (DPWV, diverse Arbeitskreise), Infotische auf Veranstaltungen
- Verwaltungsaufgaben/Finanzen: Mitgliederverwaltung, Sekretariatsaufgaben; Haushaltsplanung und -abrechnung, Abrechnung sämtlicher Fortbildungen; umfangreicher Informationsdienst durch Posteingang/Postausgang sowie Telefon
- Die DGSP-Geschäftsstelle stellt für viele psychiatrisch tätige, interessierte oder betroffene Menschen einen wichtigen Informationspool dar. Zahlreiche Anfragen erreichen uns täglich telefonisch oder per E-Mail. Das Themenspektrum reicht von Fragen zu den DGSP-Fortbildungsangeboten, zu Konzeptfragen und Versorgungsangeboten über Einschätzungen zu psychiatriepolitischen Themen (insbesondere seitens der Medien) bis hin zu verbandsinternen Themen und Belangen sowie Beratungsanfragen von hilfe- und ratsuchenden Angehörigen und Psychiatrie-Erfahrenen.

Personalsituation

In der DGSP-Geschäftsstelle arbeiten zurzeit drei fest angestellte Mitarbeiter*innen in Vollzeit und zwei weitere Mitarbeiter*innen mit einem Stundenumfang von 30 bzw. 25 Wochenstunden. Zusätzlich ist eine studentische Hilfskraft im Verwaltungsbereich beschäftigt. Unsere ehemaligen Kolleginnen Heidemarie Helfrich und Michaela Hoffmann unterstützen uns jetzt aus ihrem Ruhestand heraus im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung, insbesondere im Bereich der sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen.

Die Mitarbeiter*innen sind:

Richard Suhre (Dipl.-Sozialarbeiter) ist Geschäftsführer. Seine Hauptaufgabenbereiche sind unter anderem Geschäftsführungsaufgaben, die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung von ca. drei bis vier Tagungen im Jahr, die Begleitung und Weiterentwicklung der zahlreichen mittel- und langfristigen DGSP-Fortbildungsangebote sowie Koordinations- und Gremienarbeit, Finanzen, Beantwortung der auflaufenden Anfragen.

Patrick Nieswand (Gesundheitspfleger, Dipl.-Politologe) arbeitet seit November 2016 als Assistent der Geschäftsführung. Hierbei nimmt er Geschäftsführungsaufgaben wahr, entwickelte Wahlprüfsteine, unterstützt die Aufbauarbeit neuer Fachausschüsse wie „Kinder und Jugendliche“ und „Netzwerk: Psychiatrie ohne Gewalt“. Zudem engagiert er sich in der Außendarstellung der DGSP bei relevanten Schulungs- und Weiterbildungsinstituten der psychiatrischen Versorgung. Er hat die Organisation und Kursleitung innerhalb der Weiterbildung „Geprüfte Fachkraft Arbeit und Beschäftigung“ übernommen. Außerdem vertritt er die DGSP bei Partnerverbänden.

Marie Schmetz (Master Psychologie, Magister Philosophie) ist seit dem Jahr 2017 in Kooperation mit Thomas Müller zuständig für die Herausgabe der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“ und darüber hinaus für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Dies beinhaltet die Pflege und redaktionelle Betreuung des Internetauftrittes der DGSP, die Erarbeitung des DGSP-Newsletters, die Pressearbeit, z.B. bei Fachtagungen (Pressemitteilungen und -gespräche), die Bearbeitung von Infomaterialien. Sie hat den internen Prozess „DGSP-future“ initiiert, der insbesondere die öffentliche Darstellung und Wahrnehmung des Verbandes verbessern soll.

Thomas Müller (Dipl.-Germanist, Sozialmanager, Museumsdirektor) ist seit dem Jahr 2017 für die redaktionelle Leitung der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“ zuständig. In Zusammenarbeit mit Marie Schmetz und dem ehrenamtlich tätigen Redaktionsteam trägt er dafür Sorge, dass vierteljährlich unsere Verbandszeitschrift mit interessanten und praxisrelevanten Fachbeiträgen erscheint.

Birgit Appelhans, Kauffrau und Verwaltungskraft, ist verantwortlich für die Mitgliederverwaltung, für allgemeine Verwaltungs- und Sekretariatsaufgaben, die Finanzverwaltung sowie die Verwaltung von Kurzfortbildungen und Tagungen.

Anke Kirchner, Kauffrau und Verwaltungskraft, ist hauptsächlich für den DGSP-Fort- und Weiterbildungsbereich und für die Verwaltung von Tagungen zuständig.

Sonja Kirchner arbeitet seit Januar 2015 als studentische Hilfskraft in der Geschäftsstelle.

Michaela Hoffmann arbeitet seit ihrer Verrentung als geringfügig Beschäftigte in der Geschäftsstelle und bearbeitet die „Sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen“, die durch den Verband angeboten werden.

Heidemarie Helfrich, ebenfalls eine ehemalige Mitarbeiterin im Ruhestand, unterstützt uns im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung bei der Finanzverwaltung und bei der Bearbeitung der Abmeldungen zu den Kurzfortbildungen.

Sonstiges

Das solide, ausgebaute Weiterbildungsprogramm benötigt zur qualitativ guten Abwicklung einen hohen Verwaltungsaufwand und bindet somit einen großen Teil des vorhandenen Personals.

Die Broschüren „Memorandum zur Anwendung von Neuroleptika“, „Eine Generation wird krankgeschrieben“ und „Neuroleptika reduzieren und absetzen“ finden viel Beachtung und wurden teilweise mehrfach nachgedruckt.

Für Mitglieder und an der Arbeit der DGSP interessierte Personen wurde ein Newsletter entwickelt und eingeführt. Dieser erscheint neben der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“ in kürzeren zeitlichen Abständen und informiert über aktuelle Ereignisse im Verband bzw. aus sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen. Der Newsletter der DGSP erreicht aktuell 2.200 Leser. Darüber hinaus stellt die DGSP tagesaktuelle Informationen auf der DGSP-Facebookseite zur Verfügung.

*Für die DGSP-Geschäftsführung
Richard Suhre*

Bericht der Stiftung für Soziale Psychiatrie

Geschäftsführung, Geschäftsstelle

In der Satzung der Stiftung für Soziale Psychiatrie ist festgelegt, dass jeweils in der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung der DGSP-Jahrestagung ein Bericht über die Arbeit und Entwicklung der Stiftung abgegeben wird. Im Vergleich zum letzten Bericht im November 2018 haben sich in der Arbeit der Geschäftsführung / Geschäftsstelle keine wesentlichen oder spektakulären Veränderungen ergeben. Es gehen weiterhin häufig Anfragen per E-Mail und verstärkt auch Telefonanrufe bei mir ein, in denen es um Projektunterstützungen oder Fragen nach speziellen Behandlungsmöglichkeiten und immer wieder um die Bitte der Finanzierung einer EX-IN-Ausbildung geht. Beinahe täglich sind Anfragen / E-Mails zu beantworten. Bemühungen, an Geldquellen heranzukommen (z.B. Dietmar Hopp Stiftung, Freudenberg Stiftung etc.), blieben bisher erfolglos, wohingegen die einmal jährlichen Anträge bei der Aktion Mensch zwar sehr zeitaufwendig sind, aber bisher doch immer einen Betrag von ca. 5.000 Euro einbrachten. Ebenfalls sehr zeitintensiv ist die Spendenaktion, die für mich bedeutet, dass ich unzählige Spendenbriefe als Anhang per E-Mail über meinen PC versende, der nach der Aktion immer neu eingerichtet werden muss. Wenn für dieses Problem eine bessere Lösung gefunden werden könnte (z.B. Abdruck des Spendenbriefes in der „Sozialen Psychiatrie“), wäre das schon eine Entlastung. Gleichwohl ist es meine Erfahrung, dass sich potenzielle Spender*innen durch eine persönliche Ansprache eher motivieren lassen, und immerhin kommen ja auch am Jahresende ca. 4.000 Euro zusammen. Mit dieser Aufzählung von Arbeitsabläufen sind die routinemäßigen Aktivitäten der Geschäftsstelle wohl ausreichend beschrieben. Dazu kommt noch die Mitarbeit in verschiedenen Gremien, z.B. ist die Stiftung für Soziale Psychiatrie eine feste Größe bei der Psychiatrie-Planung der Stadt Mannheim. Die Stiftung ist Mitveranstalter der jährlich organisierten „Woche der Seelischen Gesundheit“, und sie spielt auch eine Rolle beim monatlich einmal stattfindenden DGSP-Stammtisch, den ich 1980 mit gegründet habe und der immer noch besteht.

Engerer und erweiterter Beirat der Stiftung

Im Vergleich zum letzten Jahr hat es einige Veränderungen im Beirat der Stiftung gegeben. Der Beirat setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzende ist Christel Achberger, Stellvertreter Sven Bechtolf. Zum engeren Beirat gehört zudem noch Jessica Reichstein, alle gleichzeitig im geschäftsführenden Vorstand der DGSP. Irmela Boden ist für die Angehörigengruppe im engeren Beirat. Andreas Jung ist ausgeschieden, dafür ist Thelke Scholz für die Gruppe der Psychiatrie-Erfahrenen in den engeren Beirat eingetreten. Aus dem erweiterten Beirat ausgeschieden sind Bettina Scholtz und Eva Ziegler-Krabel aus München. Dem erweiterten Beirat gehören nunmehr noch an: Thomas Bock, Klaus Dörner, Charlotte Köttgen, Gisela Petersen und Hilde Schädle-Deiningner. Wir hoffen, dass in der nächsten Beiratssitzung im September dieses Jahres weitere Beiratsmitglieder benannt werden können.

In diesem Jahr hat es zu Beginn eine Beiratssitzung in Frankfurt gegeben, die Sitzung des gesamten Beirates wird am 27. September in Hamburg stattfinden. Beiratssitzungen haben eine wichtige Funktion, obwohl der Aufwand für alle Beteiligten immens hoch ist, auch weil alle Mitglieder aus unterschiedlichen Regionen kommen und deshalb zum Teil lange Anfahrtswege haben. Viele Themen werden deshalb per Telefon oder E-Mail behandelt.

Förderpreis der Stiftung

Entgegen der Ankündigung im Bericht der Stiftung vom November 2018 konnte der Förderpreis für das Jahr 2019 wegen zu geringer Finanzmittel nicht ausgeschrieben werden. Die Ankündigung der Ausschreibung des Förderpreises für das Jahr 2020 ist bereits auf der Homepage der Stiftung eingestellt und wurde wohl auch schon mehrfach abgerufen, denn es gibt schon Anfragen und Anträge, wohl auch, weil die grundsätzlichen Kriterien in der Ankündigung bereits aufgeführt sind. Der endgültige Text für die Ausschreibung wird bis zum 15. Oktober verfasst und dann auf der Homepage und in der „Sozialen Psychiatrie“ veröffentlicht. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 15. Dezember 2019.

Aktivitäten der Stiftung seit ihrer Gründung im Jahr 2007

Zweck der Stiftung für Soziale Psychiatrie ist die Förderung innovativer Projekte und Initiativen zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Um das bewerkstelligen zu können, muss die Stiftung ins Bewusstsein der Bevölkerung gelangen, sie muss als Institution sichtbar werden. In den letzten Jahren gab es sehr gut besuchte und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen: Im Mai 2016 verlieh die Stiftung den Förderpreis an die „Blaue Karawane und das BlauHaus-Projekt“ in Bremen. Die Auswahljury war einhellig überzeugt von einem Projekt, das wohl in dieser Form in der Bundesrepublik einzigartig ist: Die Blaue Karawane plant in der Bremer Überseestadt zusammen mit einer großen Wohnungsbaugesellschaft, anderen Vereinen und einem Theater das BlauHaus-Projekt, ein gemeinnütziges Modellvorhaben zum inklusiven Leben, Wohnen und Arbeiten. Dieses Projekt sollte zur Nachahmung anregen, da es von grundsätzlicher Bedeutung ist. Solche Orte sollten eigens geschaffen werden für jene, für die es sonst in dieser schrecklich effizienten Gesellschaft wenig Wärme und noch weniger Raum gibt. Die Grundsteinlegung für die Bauten haben in diesem Jahr stattgefunden, und die Wohnungen sollen in diesem Herbst bezogen werden.

Die Verleihung des Preises war der Anlass für eine fulminante Feier in den Räumen der Blauen Karawane mit prominenten Gästen und vielen Menschen, die in dem Projekt später wohnen und arbeiten werden. Alles das fand im Rahmen des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt, großzügig finanziert von der Aktion Mensch.

Im Oktober 2016 lud die Stiftung in die Bremer Landesvertretung in Berlin ein zu Vortrag, Gespräch und Lesung mit den Autoren des im Frühjahr 2016 erschienenen Buches „Psychosen – Ringen um Selbstverständlichkeit“ von Prof. Dr. Andreas Heinz und Prof. Dr. Thomas Bock, moderiert von Jann Schlimme. Ein wirkliches Kontrastprogramm war dann im zweiten Teil der Veranstaltung die Lesung des Kabarettisten Tobi Katze aus seinem Buch „Morgen ist leider auch noch ein Tag – irgendwie hatte ich von meiner Depression mehr erwartet“. Das war eine gelungene, viel beachtete Veranstaltung!

Im Mai 2017 verlieh die Stiftung für Soziale Psychiatrie einen weiteren Förderpreis. Preisträger war diesmal das Projekt KIDS des Vereins Basis & Woge e.V. Hamburg, das sich seit 25 Jahren mit viel Engagement für Kinder und Jugendliche auf der Straße einsetzt. Für dieses Projekt hatte die Verleihung des Förderpreises in vielerlei Hinsicht eine sehr große Bedeutung. Wir hatten als Redner einen wichtigen Vertreter der Stadt Hamburg eingeladen und viele Repräsentant*innen von Hochschulen, Kirchen und Jugendhilfeeinrichtungen. In der Folge hat die Stadt dafür gesorgt, dass die Jugendlichen aus dem Container-Provisorium ausziehen konnten und wieder feste Räume bekamen.

Ein abwechslungsreiches Programm, wieder im Rahmen des EU-Protesttages, fand in den Räumen der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg statt, wieder finanziert von der Aktion Mensch.

Am Vorabend der DGSP-Jahrestagung hatten die Stiftung für Soziale Psychiatrie und der Psychiatrie Verlag am 22. November 2017 zu Vortrag, Gespräch und Lesung ins Hamburg-Haus eingeladen. Das Buch von Prof. Christian Pross „Wir wollten ins Verderben rennen“ handelt von den Erfahrungen mit dem Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK), Pross war zu der Zeit Medizinstudent in Heidelberg. Das Gespräch mit Gunther Kruse und den Zeitzeugen Niels Pörksen und einem ehemaligen Patienten des SPK war eine überaus spannende Rückkehr in aufregende Zeiten der 1970er Jahre, in denen sich die ersten Veränderungen in der Psychiatrie abzeichneten oder ankündigten.

York Bieger sprach anschließend mit den Mitautoren Mechthild Niemann-Mirmehdi, Eva-Maria Franck und Thomas Bock über ganz persönliche Herausforderungen bei der sensationellen Neuauflage von „Irren ist menschlich“. Eine sehr gut besuchte und tief beeindruckende Veranstaltung.

Am Vorabend der DGSP-Jahrestagung 2018 in Magdeburg hatte die Stiftung zu Vortrag, Diskussion und Lesung eingeladen. Rund 100 Besucher*innen waren gekommen und erlebten sozusagen einen Vorabdruck eines geplanten Buches des Psychiaters und Psychotherapeuten Dr. med. Stefan Weinmann mit dem Titel „Das Soziale in der Psychiatrie – zur Selbsttäuschung eines Fachgebietes und ihrer Überwindung“. Er beschrieb, dass die starke biologische Orientierung der Psychiatrie seiner Meinung nach zu einer Vernachlässigung sozialer Faktoren geführt habe. Es sei aber nicht wichtig, das eigene Fachgebiet zu verlassen und soziale Elemente psychischer Erkrankungen anzuerkennen.

Im zweiten Teil des Abends las Monika Staemmler, Sozialarbeiterin und systemische Therapeutin aus Dresden, Auszüge aus ihrem Buch „Das erzähl ich nur Ihnen! Die Kunst der Beziehungsarbeit“. Auf kluge und sehr unterhaltsame Weise erzählte sie von einzelnen Menschen, die sie lange begleitet hat und die ihr sehr nahestanden, man spürte eine große Wertschätzung für diese Menschen.

Wiederum im Rahmen des EU-Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung hatte die Stiftung gemeinsam mit der Mannheimer Initiative Psychiatrie-Erfahrener (MIPE) am 11. Mai 2019 nach Mannheim in die historischen Räume der Reiss-Engelhorn-Museen eingeladen – ein ungewöhnliches Ambiente für eine derartige Veranstaltung. Alle waren gespannt auf das nun vollendete Buch von Stefan Weinmann „Die Vermessung der Psychiatrie. Täuschung und Selbsttäuschung eines Fachgebietes“. Er stellte Studienergebnisse zum Einfluss sozialer Faktoren auf psychische Erkrankungen vor und forderte ein Umdenken in der Psychiatrie, die in vielen Fällen hauptsächlich auf Psychopharmaka setze und einfach weitermache wie bisher.

Den zweiten Vortrag an diesem Nachmittag hielt Dr. Elke Prestin aus Bielefeld, Sprachwissenschaftlerin und Psychiatrie-Erfahrenere. Sie arbeitet in der psychiatrischen Versorgungsforschung und ist vielfältig engagiert für die Interessen psychisch kranker Menschen. Ausgehend vom Begriff der Menschenwürde und von der UN-Behindertenrechtskonvention, nahm sie in ihrem Vortrag aktuelle Herausforderungen der Inklusion in den Blick und stellte zugleich Bezüge zum persönlichen Erleben der Betroffenen her. Es waren zwei spannende, wie aufeinander abgestimmte Vorträge, auch eine rhetorische Glanzleistung.

Auch noch in diesem Jahr, nämlich wieder am Vorabend der DGSP-Jahrestagung, am 4. Dezember 2019 in Leverkusen, lädt die Stiftung zur Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wie gehen wir angemessen mit Missständen in psychiatrischen Institutionen um – wahrnehmen, resignieren, wegschauen oder aufschreien?“. Für die Diskussionsrunde konnten wir gewinnen:

Günter Wallraff, investigativer Journalist, Köln; Annegret Falter, Vorsitzende des Whistleblower-Netzwerks Deutschland, Berlin; eine/einen Betroffene/n (angefragt); Petra Rossmann, Beratungs- und Beschwerdestelle Berlin; Dr. Margret Osterfeld, Psychiaterin, Psychotherapeutin, Mitglied der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter und Misshandlung, Dortmund; Anke Hinrichs, langjährige Redakteurin der Zeitschrift „Eppendorfer – Zeitung für Psychiatrie und Soziales“, Hamburg. Moderiert wird die Runde von Ralph Erdenberger.

Wir sind sehr daran interessiert, mit allen Beteiligten konstruktiv darüber nachzudenken, wie wir eine Haltung gewinnen und mögliche Lösungswege finden können.

Es wird ein spannender Abend, und wir wünschen uns eine rege Teilnahme.

An Veranstaltungen und Preisverleihungen der Stiftung in den zurückliegenden Jahren sei hier noch einmal kurz erinnert:

2008

Der erste Förderpreis der Stiftung geht an das trialogische Wohnprojekt „Offene Herberge Leonberg“, in dem Psychiatrie-Erfahrenere, Bürgerhelfer und Profis gemeinsam ein Wohnprojekt und Freizeitangebote für psychisch erkrankte Menschen betreuen.

2009

wurde die EX-IN-Börse Hamburg mit dem Preis bedacht, ein Forum, in dem Absolventen der EX-IN-Ausbildung bezahlte Arbeitsplätze suchen können und Erfahrungsaustausch betreiben.

Ein Mediensonderpreis aus Stiftungsmitteln wurde im selben Jahr an Alexandra Pohlmeier verliehen für ihren Film „20 Jahre Trialog“, in dem sie am Beispiel des von Dorothea Buck und Thomas Bock vor zwanzig Jahren gegründeten Hamburger Psychose-Seminars die Entwicklung der trialogischen Idee für die Psychiatrie beleuchtet. Der Preis war auch eine Würdigung ihres Films „Himmel und mehr – Dorothea Buck auf der Spur“, der bundesweit höchste Beachtung und Anerkennung erfahren hat.

2010

Im November im Anschluss an die DGSP-Jahrestagung sollte im Struwwelpeter-Museum in Frankfurt eine Lesung mit Erhard Eppler stattfinden, der aber leider ganz kurzfristig erkrankte und deshalb absagen musste. Die Lesung hat dennoch stattgefunden – Sybille Prins konnte kurzfristig herbeigezaubert werden. Sie las satirische Texte aus einem ihrer Bücher, ich las aus Texten von Erhard Eppler im Wechsel. Erstaunlicherweise funktionierte das, obwohl es vorher keine Absprache zwischen den Protagonisten gab. – Gute Atmosphäre, leider nur ein kleiner Kreis von Zuhörern.

2011

EU-Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai im Bürgerzentrum der Stadt Köln. Motto: „Inklusion beginnt im Kopf“

Die Stiftung rief zu einer gemeinsamen Aktion mit der DGSP Köln auf, mit dem Ziel, ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern und damit letztlich die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aktiv voranzubringen und mitzugestalten. Um interessierten Bürgern in Köln einen Einblick in diese Problematik vermitteln zu können, haben in einem Tischgespräch unter meiner Leitung Psychiatrie-Erfahrenere, Angehörige, professionell Tätige und kommunal Verantwortliche ihre

Positionen zum Thema „Inklusion – wo stehen wir heute?“ dargelegt. Mit der Veranstaltung im Bürgerzentrum der Stadt Köln ist die Stiftung – nach einer kleinen, aber gelungenen Lesung vor kleinem Zuhörerkreis im Struwwelpeter-Museum nach der DGSP-Jahrestagung im Vorjahr in Frankfurt – mit großer Risikobereitschaft ein zweites Mal in Erscheinung getreten.

2012

EU-Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Saal der Volkshochschule im Bezirksrathaus Köln-Mülheim am 5. Mai. Motto: „Jede Barriere ist eine zu viel!“ Unterstützung der Kampagne der Aktion Mensch mit einer Kulturveranstaltung
Es sprachen Klaus Dörner zu seinem Buch „Helfensbedürftig – Heimfrei ins Dienstleistungsjahrhundert“ und Prof. Dr. Reinhold Knopp von der Fachhochschule Düsseldorf zum Thema „Gesellschaftliches Leben der Zukunft – Möglichkeiten und Grenzen des 3. Sozialraumes“ – ein spannender Dialog zwischen den beiden. Danach gab es Musik, Häppchen und Maibowle.

Am 19. Mai 2012 konnten zwei Projekte mit dem Förderpreis der Stiftung ausgezeichnet werden, die zufällig beide in Dortmund angesiedelt waren, wovon das eine mit seinem Projektangebot Räume geschaffen hat für eigensinnige Menschen, für die Unterstützung geleistet wird, ohne sie verändern zu wollen (Verein KLuW). Das Kunstprojekt „Haus am Lohberg“ ermöglicht über künstlerische Aktivitäten und unter Nutzung des Netzwerkes der Kirchengemeinde Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen und schafft durch künstlerisches Gestalten von Skulpturen dauerhafte Symbole gemeinsamen Handelns.

Die Preisverleihung war für beide Projekte ein großes Fest, es waren die Menschen gekommen, die zu den Projekten gehörten, mit Nachbarn, Freunden, Mitgliedern der Kirchengemeinde – viele brachten Geschenke mit und Blumen für die Beteiligten. Presse und Fernsehen werteten die Veranstaltung auf. Keines der Projekte war vor der Zuerkennung des Stiftungspreises jemals in der Stadt wahrgenommen worden. In seiner Ansprache versicherte der Oberbürgermeister, dass sich das nachhaltig ändern würde.

2013

EU-Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, Aktionstag am 3. Mai 2013

Bereits zum dritten Mal und in diesem Jahr nach Mannheim in die Räume der Reiss-Engelhorn-Museen hatte die Stiftung in Zusammenarbeit mit der Mannheimer Initiative Psychiatrie-Erfahrener (MIPE), der Regionalgruppe Mannheim der DGSP sowie der Beschwerdestelle Psychiatrie Mannheim zu Fachvortrag und Literaturlesung eingeladen. Das Motto des EU-Protesttages lautete: „Ich bin entscheidend“. Und über Inklusion sprach Prof. Michael von Cranach mit dem früheren Shootingstar der Theaterszene Sebastian Schlösser, moderiert von dem früheren ZDF-Auslandskorrespondenten Veit Lennartz. Musikalische Einlagen eines Pianisten und dessen Sohn mit Trompete ließen den Nachmittag zu einer runden Kulturveranstaltung werden.

2013

Förderpreis der Stiftung. Der 4. Förderpreis der Stiftung ging in diesem Jahr zu gleichen Teilen an zwei Projekte: Das Psychiatrie-Museum Leipzig überzeugte die Jury mit seiner vielschichtigen Arbeit im Sinne der Sozialpsychiatrie. Das Projekt „Nur Bürger integrieren Bürger“ des Sozialpsychiatrischen Verbands Haßberge in Bamberg-Forchheim hat zum Ziel, langjährig chronisch kranke Heimbewohner in eigenen Wohnungen in ihrem persönlichen Umfeld in einer Gemeinde so zu integrieren, dass sie einen möglichst selbstbestimmten Alltag leben können.

Am 9. Oktober 2013 gab es eine Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tages der Seelischen Gesundheit in Essen im Filmstudio Glückauf. Die Stiftung Gemeinsam Handeln, die Dorothea-Buck-Stiftung, die Stiftung für Soziale Psychiatrie und der Fachbereich Sozialpsychiatrie des Paritätischen Landesverbandes NRW zeigten den Film „Himmel und mehr – Dorothea Buck auf der Spur“. Die Regisseurin sprach zum Film, die Stiftungen stellten ihre Arbeit vor.

2014

Zum EU-Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung hatte die Stiftung in das Psychiatriemuseum in Leipzig eingeladen. „Viel erreicht, noch viel mehr vor“ war das Motto der Aktion Mensch. Über das Phänomen ADHS, über „Aufmerksamkeitsdefizitkultur – wie Kinder unserer Gesellschaft den Spiegel vorhalten“, sprach der Philosophieprofessor Christoph Türcke vor dem Publikum und anschließend im öffentlichen Gespräch mit der Kinder- und Jugendpsychiaterin Dr. Charlotte Köttgen. Im Anschluss zeigte die Regisseurin Andreschka Großmann ihren Dokumentarfilm über bipolare Störungen.

Am 10. April 2014 fand aus Anlass des 80. Geburtstages von Niels Pörksen ein Symposium in den Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim mit vielen Gästen statt. Die Mannheimer Regionalgruppe der DGSP und die Initiative Psychiatrie-Erfahrener (MIPE) hatten Niels Pörksen gebeten, über die Arbeit der Mannheimer Gemeindepsychiatrie zu berichten, die er Ende der 1960er Jahre gegründet hatte.

2015

Am Abend vor der DGSP-Jahrestagung in Trier fand eine Lesung in der Mayerschen Buchhandlung statt. Prof. Dr. Wolfgang Werner las für die Stiftung Soziale Psychiatrie aus seinem Buch „Welch Meisterwerk ist der Mensch! – Kunstreise durch das Land der Psychiatrie“.

Ehrenamtlicher Geschäftsführer der Stiftung

Christian Nieraese

E-Mail: c.nieraese@vodafone.de

„Soziale Psychiatrie“ – Mitgliederrundbrief der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie

„Soziale Psychiatrie“ erscheint nach wie vor vierteljährlich und ist auch außerhalb der DGSP hinaus eine beliebte und anerkannte Fachzeitschrift für Sozialpsychiatrie. Neben den DGSP-Mitgliedern, für die der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten ist, gibt es ca. 750 Einzel- und Austauschabonnenten.

Dem bewährten und ehrenamtlich arbeitenden Redaktionsteam gehören aktuell an:

Astrid Delcamp (Berlin), Ilse Eichenbrenner (Berlin), Prof. Dr. Sabrina Hancken (Hannover), Martin Osinski (Neuruppin), Ilja Ruhl (Berlin).

Zwischenzeitlich aus der Redaktionsarbeit ausgeschieden sind: Christian Brück (Köln), Brigitte Siebrasse (Bielefeld), Christian Zechert (Bielefeld). Für ihr z. T. langjähriges Engagement bedanken wir uns!

Für die Redaktionsleitung, Koordination und Herstellung sind nach dem Ausstieg von Michaela Hoffmann Anfang des Jahres 2017 Thomas Müller (Leipzig) und Marie Schmetz in der DGSP-Geschäftsstelle verantwortlich.

Die Redaktionssitzungen finden viermal jährlich an den unterschiedlichen Wohnorten der Redaktionsmitglieder statt. Dort werden die Themenschwerpunkte geplant, Manuskripte beurteilt und potenzielle Autoren ausfindig gemacht. In der Regel gibt es in jedem Jahrgang zwei Themenhefte, ein Mix-Heft und das Heft zur Jahrestagung.

Das nächste Schwerpunktthema wird jeweils im vorhergehenden Heft angekündigt, es gibt jedoch meistens auch Raum für außerplanmäßige Beiträge, sofern sie spätestens bis zum Redaktionsschluss eintreffen und möglichst schon vorher angekündigt werden, damit wir die Beiträge rechtzeitig in der Seitenplanung berücksichtigen können. Neben fachlichen Beiträgen freuen wir uns über Berichte aus den Landesverbänden und Fachausschüssen!

Neben angefragten Artikeln zu Themenschwerpunkten erreichen uns viele Texte auch unaufgefordert. Auch wenn wir nicht alle Einsendungen veröffentlichen können, freuen wir uns über Beiträge und Leserbriefe. Fotos, Zeichnungen und Bilder sind immer willkommen. Unterstützen können Sie uns auch durch eine Anzeige in der „Sozialen Psychiatrie“. Die Mediadaten sind auf der Website der DGSP verfügbar.

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren und bei unserer interessierten Leserschaft!

*Für die Redaktion:
Marie Schmetz und Thomas Müller*

Bericht der DGSP-Fachausschüsse (FA) und Arbeitskreise (AK)

Der seit zwölf Jahren tätige Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung hat derzeit rund 15 aktive Mitwirkende. Zweimal jährlich finden in wechselnden Institutionen oder Einrichtungen des Bereiches Arbeit / berufliche Rehabilitation die Fachausschusstreffen statt, die nach Möglichkeit zugleich einen Bezug zu den aktuellen Themenschwerpunkten des Fachausschusses haben sollten. Die Sitzungen dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch sowie der Vorstellung der gastgebenden Einrichtung, ferner werden aktuelle Themenkomplexe rund um das Thema Arbeit erörtert und Arbeitsaufträge des DGSP-Vorstandes bezogen auf die Themen Arbeit und Beschäftigung bearbeitet. Es besteht auch weiterhin die Möglichkeit, sich in den aktuellen E-Mail-Verteiler aufnehmen zu lassen und auf diesem Wege Mitglied des Fachausschusses zu werden. Weiterhin werden praxisnahe Handreichungen, z.B. zum Thema Zuverdienst, erarbeitet und alle zwei Jahre ein Fachtag zum Thema Arbeit organisiert. Im Jahr 2019 fand dieser in Berlin statt, 2017 in Hamburg. In den Jahren 2016 bis 2019 hat sich der Fachausschuss in Hamburg, Stuttgart, Köln und Berlin getroffen. Inhaltliche Schwerpunkte waren: die Vor- und Nachbereitung der Fachtage, als nächstes 2021 in Mainz, und besonders das Thema der sozialpolitischen Entwicklung im Bereich Arbeit und Beschäftigung, also die Auswirkungen des BTHG durch das Budget für Arbeit, „Andere Leistungsanbieter“, „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben – reha-pro“ und die Zukunft des Zuverdienstes. Im Sprecherkreis des Fachausschusses arbeiten Marc Fesca, Michael Schweiger und Manfred Becker.

Sprecher: Marc Fesca

E-Mail: marc.fesca@pfeiffersche-stiftungen.org

Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)

Die DGSP hält nach wie vor ein breit gefächertes Angebot an sozialpsychiatrischen Fortbildungsmöglichkeiten bereit. Vielzahl und Vielfalt des Angebots bedürfen der Koordination und der fachlichen Begleitung. Der erweiterte Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW) nimmt diese anspruchsvolle und verantwortliche Aufgabe wahr. Die Treffen der beteiligten Kolleg*innen finden nach Möglichkeit zweimal jährlich statt. In dem Gremium arbeiten bzw. arbeiteten Vertreter und Vertreterinnen der einzelnen DGSP-Weiterbildungen mit und repräsentieren so die aktuellen Bildungsschwerpunkte der DGSP:

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung regional
- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung im Bausteinssystem
- Qualifizierung Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (Q-FAB)
- Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter
- Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern
- Basiswissen „Psychiatrische Pflege“
- Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen
- Traumazentrierte Fachberatung

Der regelmäßige Austausch über den Entwicklungsstand und den Verlauf der Fortbildungen stellt einen festen Bestandteil der Arbeit dar. Darüber hinaus befasst sich das Gremium mit der Frage, welche Fortbildungsbedarfe der aktuelle Entwicklungsstand der Psychiatrie nach sich zieht beziehungsweise welche Fortbildungsangebote notwendig und geeignet sind, eine Entwicklung der psychiatrischen Landschaft im Sinne einer sozialpsychiatrischen Prägung zu befördern. Die Ergebnisse dieser fachlichen Debatte fließen in die konzeptionelle Fortentwicklung der Weiterbildungen ein.

Zu den Weiterbildungsangeboten im Einzelnen:

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) der Region Norddeutschland
In den Regionen Hamburg und Lüneburg wird die SPZA erfolgreich angeboten und durchgeführt. Im Zeitraum von 2016 bis 2019 haben an den SPZA-Kursen 33 Mitarbeiter*innen aus dem psychiatrischen und psychosozialen Feld teilgenommen. Die Kurse enden mit einer Abschlussarbeit, einer Präsentation sowie einem Fachgespräch und führen bei Erfolg zu einem differenzierten Abschlusszertifikat. Die Kurse im Berichtszeitraum wurden geleitet von Marlene Stierl, Hans-Jürgen Nötzel, Petra Mahlau, Paul Stammeier und Till Woelki.
- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) der Region Berlin
Ein Kurs der SPZA in Berlin der im Oktober 2017 begonnen hat endet am im Mai 2020. An diesem Kurs nehmen 15 Kolleg*innen unter der Leitung von Petra Rosmanith und Dr. Torsten Flögel teil.
- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) im Bausteinssystem
Dieses Weiterbildungsangebot wurde erstmalig in Potsdam angeboten. Der Kurs gliedert sich in Grund- und Aufbaukurs (Dauer jeweils 18 Monate) und wird in Blockveranstaltungen, mit Unterstützung von Lehrbriefen und Hausarbeiten und durch die Teilnahme an ausgewählten sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen, durchgeführt.
Bislang wurden 5 Kurse diese SPZA-Variante angeboten. Der letzte Kurs in Potsdam wurden von Hilde Schädle-Deiningner David Wegmüller und Annette Kleeberg geleitet. Im Mai dieses Jahres schloss der Kurs erfolgreich ab.

- Qualifizierung zur Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (Q-FAB)
Dieses Bildungsangebot wurde lange Jahre in Kooperation mit dem BTZ Köln gGmbH in Köln durchgeführt. Diese Kooperation wurde leider in diesem Jahr beendet. Es zielt darauf ab, den Fachkräften in Werkstätten sozialpsychiatrisches Know-how zu vermitteln, damit ihnen eine optimale Förderung psychisch behinderter Menschen im Rahmen der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Die Weiterbildung bereitet auf einen staatlich geprüften und anerkannten Abschluss vor. Im November eines jeden Jahres startet ein neuer Kurs. Im Berichtszeitraum haben insgesamt 59 Teilnehmende die Weiterbildung besucht oder befinden sich in den laufenden Kursen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden von Ingrid Stumpf, Christian Gredig, Christian Löbner Patrick Nieswand und Kai Winger als Kursleiter*innen und weiteren Fachdozent*innen unterrichtet und durch den Bildungsprozess begleitet.
- Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter
Diese einjährige Fortbildung wurde bisher in Köln, Lüneburg, München und Berlin angeboten. Aktuell schloss ein Kurs in Stuttgart im Oktober ab. Ein Kurs in Berlin ist mit Starttermin Juni im Jahr 2020 geplant.
Die Fortbildung soll Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemeindepsychiatrischer Versorgungsangebote im Umgang mit und in der Begleitung von psychisch kranken Straftätern befähigen. Kursleiter ist Dr. Friedhelm Schmidt-Quernheim. Fachreferenten und -referentinnen werden zu spezifischen Fragestellungen hinzugezogen. In dem Berichtszeitraum haben 94 Kolleginnen und Kollegen an der Weiterbildung teilgenommen.
- Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern
Mitglieder des FA Psychotherapie, der auch für das Konzept der Weiterbildung verantwortlich zeichnet, sind hier als Referentinnen tätig, ebenso Angehörige und psychiatrienerfahrene Menschen. Der Start eines weiteren Kurses war für das Frühjahr 2017 in Magdeburg vorgesehen. Dieser Kurs kam mangels Interesse nicht zustande. Für Februar 2020 ist ein weiterer Kurs dieser Reihe mit den Kursleiterinnen Dr. Ute Merkel und Dorothee Becker in Frankfurt geplant.
- Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen
Die sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen bieten jährlich bis zu 73 Seminare von ein- bis dreitägiger Dauer mit einem breiten sozialpsychiatrischen Themenspektrum bundesweit an 15 verschiedenen Orten an. Die hohe Zahl der Teilnehmenden – jährlich 1000 und 1100 Personen – bestätigt die Qualität und Aktualität des Programms.
- Basiswissen „Psychiatrische Pflege“
Die von Hilde Schädle-Deiningner angebotenen Kurse der Weiterbildung finden in Frankfurt a. M. statt, und wenden sich speziell an Pflegekräfte die in den psychiatrischen Bereich wechseln wollen. Im Jahr 2018 fand ein Kurs mit 22 Teilnehmenden statt und in diesem Jahr startete im August ein weiterer Kurs mit 15 Teilnehmenden. Gemeinsam mit David Wegmüller führte Hilde eine im Jahr 2017 eine Inhouseschulung zur psychiatrischen Pflege für den Bezirk Berlin Schöneberg durch.
- Traumazentrierte Fachberatung
Das Weiterbildungsangebot Traumazentrierte Fachberatung wurde in dem Berichtszeitraum mit insgesamt 25 Teilnehmenden durchgeführt. Zielsetzung der von Manuela Ziskoven konzeptionierten und geleiteten Weiterbildung war die Qualifizierung zu traumazentrierter Beratung in der Sozialpsychiatrie und für die

Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen. Diese Weiterbildungsangebot wird aktuell nicht mehr angeboten, da zu diesem Thema die Nachfrage nicht in ausreichenden Umfang vorhanden ist.

- **Leitung und Koordination sozialpsychiatrischer Wohnformen**
Im Zusammenhang mit der Umsetzung des BTHG wurde das Konzept überarbeitet und beworben. Leider fand dieses Angebot in seiner engagierten Form nicht den notwendigen Zuspruch. Daher wird ab Mai des nächsten Jahres dieses Angebot als Basismodul zum Einstieg in das BTHG an den Kursorten Frankfurt a. M. und Mainz unter der Kursleitung von Joachim Speicher, Fritz Bremer und Stefan Feld angeboten.
- **ICF-Schulungen**
Des Weiteren wurden an den Orten Frankfurt a. M., Köln, Leipzig, Stuttgart und Wolfsburg von Christian Reumschüssel-Wienert Schulungen zur Handhabung des International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF) durchgeführt.
- **Open Dialog**
Die DGSP-Geschäftsstelle organisierte im Auftrag der Hamburgischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. die Durchführung eines Kurses zum Open Dialog in Hamburg.
Ein weiterer Kurs zu diesem Ansatz findet derzeit im Auftrag des Landesverbandes Baden-Württemberg der DGSP in Freiburg statt.
- **Einführung in das BEI_NRW**
Zur fachlichen Handhabung des Bedarfsermittlungsinstrumentes BEI_NRW im Zusammenhang mit dem BTHG finden im Rheinland eintägige Schulungen statt. Diese leiten Sandra Nicklaus und Fabian Reich.

Sprecherin des Fachausschuss
Marlene Stierl
stierl(at)t-online.de

Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien (BWF)

Der Fachausschuss (FA) ist ein Gremium von Fachleuten aus der Bundesrepublik, das aber gute Kontakte ins deutschsprachige Ausland pflegt. Aktuell sind 22 Regionalbeauftragte aus derzeit neun Bundesländern vertreten. Dazu kommt eine Vertreterin aus der Schweiz. Mehrheitlich sind dies Vertreter*innen aus dem Bereich Psychiatrie, aber vier Kollegen*innen repräsentieren das BWF für Menschen mit geistiger Behinderung. Es finden drei Arbeitstreffen pro Jahr statt, davon eine Zusammenkunft an der jährlichen Tagung, die dieses Jahr vom 25. bis 27. September in Regensburg am Bezirksklinikum statt gefunden hat.

Die Homepage des BWF wird von Richard Schießl aus Regensburg verwaltet und bietet einen sehr guten Überblick über das Thema und ist unter www.bwf-info.de einsehbar.

Die letzten Monate waren von der Diskussion zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) geprägt. Bereits im Juni 2018 organisierten wir einen Workshop mit Jana Franke vom Anwaltsbüro Hohage, May & Partner. In diesem Workshop wurden Grundzüge einer Leistungsbeschreibung für das BWF erarbeitet. In mehreren Sitzungen und internen Arbeitsgruppen hat der Fachausschuss eine Leistungsbeschreibung des BWF erstellt und ist dabei, eine Handreichung für die Leistungserbringer des BWF in den jeweiligen Bundesländern zu erarbeiten. In diesen Handreichungen sollen die Mindestvoraussetzungen des BWF für eine Leistungsvereinbarung, die den Grundsätzen des BTHG entspricht, dokumentiert werden. Wir wollen die Anbieter des BWF damit für die kommenden Verhandlungen argumentativ unterstützen. Der Fachausschuss BWF spricht sich in diesem Zusammenhang klar gegen die Erbringung des BWF im Rahmen von Fachleistungsstunden aus, sondern bevorzugt pauschalierte Lösungen.

Dauerthemen im Fachausschuss sind:

- Vorbereitung der jährlichen Tagung
- Weiterer bundesweiter Ausbau des BWF
- Beratung bzw. Vermittlung von Coaching neuer Teams
- Klärung von Fachfragen
- Fachliche Stellungnahme gegenüber Leistungsträgern
- Öffentlichkeitsarbeit

Sprecher: Reinhold Eisenhut
E-Mail: reinhold.eisenhut@vsp-net.de

Fachausschuss Europa

Die Arbeit dieses Fachausschusses wurde im Jahr 2017 eingestellt. Gründe hierfür waren einerseits die enge Personaldecke im Fachausschuss und andererseits die Arbeitsüberlastung der Geschäftsstelle, deren Unterstützung besonders gefragt war. Die Arbeit in diesem Fachausschuss war durch notwendige Auslandsreisen besonders belastend. In der Abwägung von Aufwand und Nutzen hat Vorstand die Auflösung des Fachausschusses beschlossen. Wir danken Christa Widmaier-Berthold als Sprecherin des Fachausschusses für Ihr hohes Engagement!

Fachausschuss Forensik

Aktivitäten im Jahr 2018:

Es fanden 6 Sitzungen, davon eine zweitägige Sitzung statt. Im Juli fand eine Exkursion nach Italien zum Kennenlernen der dortigen Forensik statt.

Folgende Themen beschäftigten die Mitglieder des FA:

- Positionspapier forensische Pflege
- Erneuerung der Homepage www.forensik.de
- soziologische Forschung in der Forensik
- Planung der Exkursion Italien
- Qualifizierungsmodelle für neue Beschäftigte im MRV
- Aktualisierung des Themencontainers
- Beteiligung des FA bei der DGSP-Jahrestagung
- Überlegungen zur Erstellung eines Flyers des FA
- Rechtliche Entwicklungen
- Psychiatrie und Sicherheitsauftrag-ist das noch gewollt?
- Fixierung-das Urteil und seine Folgen
- Zusammenarbeit mit der Gemeindepsychiatrie
- Buchprojekt „Exkursion Italien im Vergleich zu Deutschland“
- Projekt „Half Way House“ in Klingenmünster
- Forderung der Verbände zum MRV

Aufgrund der Teilnehmerzahlen von bis zu 20 Personen, wurden zur besseren Vorbereitung der Sitzungen Arbeitsgruppen eingerichtet:

Ständige Arbeitsgruppen:

- Recht und Politik
- Forschung und Wissenschaft
- Künftige organisatorische und inhaltliche Ausrichtung
- Homepage

Aktuelle Arbeitsgruppen:

- Vorbereitung Gegenbesuch Italien
- Flyer
- Exkursion 2020

Aktivitäten im Jahr 2019:

An den fünf Sitzungen im Jahr 2019 nahmen durchschnittlich 17 Freund*innen des Fachausschusses Forensik von insgesamt 67 registrierten Personen teil. Ferner besuchten uns die forensischen Kolleg*innen aus Florenz (Italien). Die Unterarbeitsgruppen „Recht und Politik“, „Forschung und Wissenschaft“, „Organisation und künftige Ausrichtung“, „Exkursion 2020“, „Flyer“, „Homepage“ und „Standortbestimmung forensische Pflege“ bereiteten Informationen sowie Beschlussvorschläge für die Sitzungen vor.

Folgende Themen wurden behandelt:

Münster (22./23. Februar 2019)

- Erarbeitung und anschließende Veröffentlichung auf der Homepage zu den Themen Forschung und Wissenschaft
- Referententätigkeit für die DGSP durch Fachausschuss-Mitglieder
- Erarbeitung des Rahmenprogramms zum Gegenbesuch der italienischen Kolleg*innen aus der dortigen Forensik
- Diskussion der Forderungen zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die im Rahmen der Veranstaltung „Zum gesellschaftlichen Umgang mit Gefährlichkeit“ erarbeitet wurden.
- Fehlentwicklung im Bereich § 64 – Beteiligung des Schreibens an das Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger Psychiatrischer Einrichtungen
- Wahlrecht und Beschluss des Bundesverfassungsgerichts

Berlin (4./5. April 2019)

„Gegenbesuch“ der italienischen Kolleg*innen aus der Forensik mit Dr. Scarpa

- Besuch vom Ambulanten Wohnen, jede Menge Gespräche, Besuch des Krankenhauses des Maßregelvollzugs und der Ausstellung „Totgeschwiegen“
- Deutsch-italienische Veranstaltung im „Pinellodrom“, organisiert und durchgeführt vom Paritätischen Landesverband Berlin und des DGSP-Landesverbandes Berlin

Konstanz (14./15. Juni 2019)

Besuch von den Einrichtungen ZFP Reichenau und der Schweizer Einrichtung Psychiatrische Dienste Thurgau in Münsterlingen

- Vorstellung und Beschluss unserer Postkarte zur Information und Werbung
- Buchprojekt „Forensik Italien und Deutschland“
- Festlegung der Sitzungstermine und -orte 2020
- Vorstellung und Beschluss des Papiers „Standortbestimmung forensische Pflege“

Weitere zwei Tagessitzungen fanden am 30./31. August und am 18./19. Oktober statt.

In gewohnter Weise findet nach jeder Sitzung am Abend ein gemütliches Beisammensein statt.

Sprecher: Michael Hechsel

E-Mail: michael.hechsel@forensik.de

www.forensik.de

Fachausschuss Forschung

Der Schwerpunkt der Arbeit des Fachausschusses Forschung liegt in der Ausschreibung, Organisation und Durchführung des sozialpsychiatrischen Forschungspreises und des Nachwuchspreises. Die Auslobung beider Preise dient der Förderung sozialpsychiatrischer Forschung und erfolgt alle zwei Jahre. Jede Ausschreibungsrunde erlaubt auf eindrucksvolle Weise einen Einblick in Vielfalt, Aktualität und Innovationskraft der hiesigen sozialpsychiatrischen Forschung. Die prämierten und nominierten Arbeiten werden im Forschungsforum der jeweiligen DGSP-Jahrestagung vorgestellt und diskutiert. Geplant ist darüber hinaus die Veröffentlichung der prämierten Arbeiten sowie der Kontaktdaten der Preisträger*innen auf der Homepage der DGSP. Dies soll eine Kontaktaufnahme und Vernetzung insbesondere mit den Nachwuchswissenschaftler*innen ermöglichen, um diese für eine Vorstellung und Diskussion ihrer Forschungsergebnisse zu gewinnen, z.B. in sozialpsychiatrischen Einrichtungen oder im Rahmen sozialpsychiatrischer Treffen. Ziel ist es, den wichtigen Austausch zwischen Forschung und Praxis zu intensivieren. Der sozialpsychiatrische Forschungspreis ist mit 3.500 Euro, der sozialpsychiatrische Nachwuchspreis ist mit 1.500 Euro dotiert. Ermöglicht wird dies durch die Unterstützung einer Reihe von Sponsoren (die aktuelle Sponsorenliste findet sich jeweils im Ausschreibungstext).

Die Auswahlregeln und Verfahrensweisen wurden vom Vorstand der DGSP in Kooperation mit dem Fachausschuss Forschung festgelegt. Ziel war und ist, ein klares, transparentes und demokratisches wissenschaftliches Regelwerk für die Vergabe der beiden Preise festzulegen und umzusetzen. Die Preise sind multiprofessionell und methodenoffen angelegt, damit die ganze Breite sozialpsychiatrischer Forschung abgebildet werden kann.

Der Forschungspreis wurde in der letzten Ausschreibungsrunde 2018 an Nadine Mulfinger und Nicolas Rüschi stellvertretend für eine 15-köpfige internationale Arbeitsgruppe vergeben für ihre Studie „Honest, Open, Proud for adolescents with mental illness: pilot randomized controlled trial“, die Evaluation eines Gruppenprogramms, welches psychisch erkrankte Jugendliche bei der Entscheidung unterstützt, ob und wie sie ihre Erkrankung gegenüber anderen offenlegen wollen oder nicht.

Den DGSP-Nachwuchspreis erhielt Frau Alina Bohnhorst für ihre Arbeit mit dem Titel: „Pilotstudie zur forensischen ambulanten Nachsorge im AWO Psychiatriezentrum Königslutter“.

Ein wichtiges Anliegen des Fachausschusses ist das Einbeziehen von Erfahrungsexpertise in der sozialpsychiatrischen Forschung. Derzeit wirken im Fachausschuss zwei Expert*innen mit, die neben ihrer wissenschaftlichen und fachlichen Expertise über einen eigenen Erfahrungshintergrund als Nutzer*innen psychiatrischer Angebote verfügen. Darüber hinaus wird die Nutzerperspektive auch in der externen Jury des Forschungs- bzw. des Nachwuchspreises durch Expert*innen in eigener Sache vertreten.

Seit 2010 existiert ein bundesweites sozialpsychiatrisches Doktorand*innenkolloquium in Kooperation mit der Klinik für Psychiatrie der Charité am Campus Mitte der Humboldt-Universität (Dr. Karin-Maria Hoffmann) und verschiedenen Hochschulen (Hochschule Fulda, Alice Salomon Hochschule Berlin, Institut für Rehabilitationswissenschaften der HU Berlin) u.a.). Das Konzept sieht vor, Promovierenden unterschiedlicher Fachrichtungen (Soziale Arbeit, Pflegewissenschaft, Psychologie, Medizin, Soziologie etc.) einen Rahmen zu bieten, in dem sie ihre Forschungsarbeiten aus dem sozialpsychiatrischen Themenfeld in regelmäßigen Abständen vorstellen und kritisch diskutieren können. Ziel des Kolloquiums ist die Vernetzung der Promovierenden, die fachspezifische und methodische Beratung, die Bereitstellung eines Forums zur Diskussion und letztlich die Förderung sozialpsychiatrischer Forschung. Das Kollo-

quium findet zweimal jährlich statt; bislang gab es 18 Treffen. Über 25 Promovierende haben in dieser Zeit an dem Kolloquium teilgenommen. Die Promotionsvorhaben befinden sich in unterschiedlichen Stadien: Einige Teilnehmende sind bei der ersten Orientierung und Themensuche, andere stehen kurz vor Abschluss ihrer Arbeit und ein Teil der Arbeiten konnte bereits erfolgreich abgeschlossen werden. Zum Expertenkreis gehören auch Mitglieder des Fachausschusses Forschung in wechselnder Besetzung.
Sprecherinnen des Fachausschusses Forschung:

Dr. phil. Silvia Krumm, M.A. Soz.
E-Mail: silvia.krumm@uni-ulm.de

Prof. Dr. Heike Dech
E-Mail: Dech@ash-berlin.eu

Arbeitskreis Psychiatrische Pflege

Der Arbeitskreis Pflege hat sich seit dem Rechenschaftsbericht 2016 weiterhin regelmäßig getroffen und inhaltlich gearbeitet.

Fachliche Themen:

Neben unseren Dauerbrennern **Pflegebildung und Akademisierung der Pflege**, verbunden mit den Qualifikationsniveaus des Tätigkeitsbereichs Pflege sowie Qualitätsanforderungen, wurden die nachfolgenden Themen ausführlich besprochen:

Bundesteilhabegesetz und die Stellung der Pflege

Hier wurden viele Praxisbeispiele eingebracht, diskutiert und analysiert, vor allem hinsichtlich des Verständnisses psychiatrischer Pflege außerhalb des stationären Rahmens. Dabei wurde immer wieder festgestellt, dass in diesem Kontext Pflege eher als „billigere Arbeitskraft“ (im Vergleich zu anderen Berufen) gesehen wird, als dass man nach ihrer Expertise fragt und Möglichkeiten der Veränderung in Form von Festlegung klarer Arbeitsprofile und Arbeitsbereiche sucht, verbunden mit umfassenden Stellenbeschreibungen.

Stationsäquivalente Behandlung und psychiatrische Pflege

Bisherige Erfahrungen bildeten die Grundlage der Debatten darüber, wie über diese Behandlungsform in der Pflege mehr aufgeklärt und Interesse geweckt werden kann und wie Home Treatment (Akutbehandlung zu Hause) und ambulante psychiatrische Pflege eingeschätzt und „gefüllt“ werden können.

Einsatz von Netzbetten

Nach inhaltlicher Diskussion haben wir gemeinsam mit der Deutschen Fachgesellschaft für Psychiatrische Pflege (DFPP) den Vorstand von NetzG unterstützt, der sich gegen den Einsatz von Netz- oder Käfigbetten bei kognitiv, psychisch oder seelisch behinderten Menschen jeder Altersgruppe gewendet hat. Betroffen sind Personen, die aufgrund einer betreuungsrechtlichen oder ordnungsrechtlichen Entscheidung (PsychKG) in einem Heim oder einer psychiatrischen Klinik untergebracht sind und nicht selbst in die Nutzung eines solchen Spezialbetts einwilligen können.

Advanced practice planning (ACP)

Die aktuelle Diskussion zu ACP soll noch kurz angeführt werden, wir haben dazu eine Stellungnahme verfasst, die zeitnah zugänglich sein soll. ACP als gesundheitliche Versorgungsplanung umfasst nicht nur die Erstellung einer Patientenverfügung, sondern einen andauernden Prozess und eine regionale Kultur im Sinne einer Vorausplanung.

In der letzten Zeit kommen viele Probleme ans Tageslicht, die mit der Durchführung der sogenannten „Versorgungsplanung in der letzten Lebensphase“ zusammenhängen. Dieses Thema muss sicher auch auf den unterschiedlichen Ebenen weiter beleuchtet und Gefahren und Missbrauch aufgezeigt und benannt werden.

Kontakt zu anderen Verbänden:

Der Verbände-Dialog Psychiatrische Pflege hat sich auch in diesem Zeitraum getroffen und Themen bearbeitet:

- Im März 2017 stand in München die Pflegebildung im Mittelpunkt und wurde in der „Münchener Erklärung“ verschriftlicht.
- Im März 2018 war in Frankfurt/Main das Bundesteilhabegesetz thematisch Mittelpunkt, von einer Erklärung wurde abgesehen, da im Vorfeld bereits eine Stellungnahme verschickt wurde.
- Im März 2019 ging es in Bielefeld um gemeinsame Auffassungen und Themen, und es wurde beschlossen, eine „Definition Psychiatrische Pflege“ als gemeinsame Grundlage zu verfassen, die federführend vom AK Pflege entstanden und inzwischen abgestimmt ist und aktuell den einzelnen Verbänden zur Verfügung steht.

- Der Verbände-Dialog möchte auf der Basis der Definition ein ausführliches Papier zur psychiatrischen Pflege erstellen.
- Beim DGPPN-Kongress in Berlin gab es auch in den Jahren 2016/2017/2018 jeweils einen gemeinsamen Stand der Psychiatrischen Pflegeverbände mit umfangreichem Infomaterial. Er war auch dieses Mal immer gut frequentiert und ein Treffpunkt und Diskussionsort für die Pflege.
- Im November 2018 nahmen wir auch an einem Symposium aktiv teil. Die Zusammenarbeit mit der DFPP erfolgt zu allen relevanten Themen, vor allem auch zur Pflegebildung.
- Zukunft des Arbeitskreises Pflege in der DGSP

In Vorstandssitzungen und auch auf der DGSP-Jahrestagung wurde wiederholt angesprochen, dass die Teilnahme am Arbeitskreis sehr variiert und sich teilweise bei den Sitzungen auf die „Urgesteine des AK“ beschränkt. Wir haben viel Zeit damit verbracht, eine Lösung zu finden. Die Gründe, warum eine regelmäßige Teilnahme nicht möglich ist, sind bei jedem einzelnen Mitglied einleuchtend (Veränderung im Dienstplan, Personalknappheit, nach geballten Diensttagen ein freies Wochenende usw.). Ein Grund, der sicher auch eine Rolle spielt, ist das Entstehen anderer psychiatrischer Pflegeverbände, die in den letzten Jahren viele Aktivitäten ins Leben gerufen haben und Mitglieder binden.

Zunächst wurden die Vorschläge, lieber einen ganzen Tag als „Fortbildung“ anzubieten, wofür Dienstbefreiung beantragt werden kann, und Arbeitstreffen bei den DGSP-Tagungen zu veranstalten, verwirklicht – ohne großen Erfolg.

Deshalb entstand die Idee einer Umfrage, die dann vom Dezember 2018 bis Februar 2019 mit Unterstützung der DGSP-Geschäftsstelle als Online-Befragung durchgeführt wurde.

An der Online-Befragung nahmen 46 Personen teil (eher eine geringe Teilnehmerzahl). Bei den Ergebnissen der Befragung spielten thematische Inhalte der DGSP und des AK Pflege kaum eine Rolle. Eine Mitarbeit wurde zwar signalisiert, jedoch die Arbeitsform eher ins Internet verlagert. Das Interesse galt vor allem aktuellen Informationen und dem Fort- und Weiterbildungsangebot.

Auflösung des Arbeitskreises Pflege:

Wir haben deshalb beschlossen, den Arbeitskreis zum Jahresende 2019 aufzulösen. Mithilfe der Geschäftsstelle sollte dann ggf. ein Neuanfang in anderer Form gemacht werden.

Für den Arbeitskreis Pflege

*Sprecherin: Hilde Schädle-Deiningner
E-Mail: Schaedle-deiningner@t-online.de*

Fachausschuss Psychopharmaka

Der Fachausschuss tagt dreimal im Jahr an wechselnden Orten. In den letzten beiden Jahren stellen wir zunehmend fest, dass sich mehr Menschen für eine Mitarbeit im Fachausschuss interessieren und auch beteiligen. Mittlerweile umfasst unsere Mailingliste 28 Mitglieder.

Zu unseren wesentlichen Arbeits- und Themenfeldern gehört noch immer die Neuroleptikadebatte. Auch wenn wir zunehmend eine kritischere Haltung bemerken, so ist es doch meist noch immer Standard, möglichst frühzeitig und auch möglichst hochdosiert zu behandeln. Es hat sich u.E. eine Priorisierung der neuroleptischen Behandlung etabliert, die nur sehr schwierig zu verändern ist.

Da uns weiterhin viele Menschen anschreiben, die Hinweise hinsichtlich ihrer eigenen oder auch der Behandlung von Angehörigen bedürfen, können wir davon ausgehen, dass die DGSP noch eine Menge an Arbeit und Überzeugungskraft leisten muss, um zu einer nachhaltigen Veränderung des Ist-Zustandes zu kommen. Es ist dringend notwendig, die Beratung hinsichtlich der Medikamente und ihrer Reduzierung von ärztlicher Seite zu etablieren.

Der Fachausschuss erachtet es als weiterhin notwendig, das Thema der Neuroleptikabehandlung und alternativer Behandlungsmöglichkeiten in die psychiatrische Debatte einzubringen. Dazu veranstaltet der Fachausschuss jährlich einen Fachtag, dessen zentrales Thema die Medikamentenreduktion und alternative Begleitmöglichkeiten sind. Der diesjährige Fachtag fand gut besucht in Lübeck statt, der nächste wird in Freiburg am 30. April 2020 stattfinden.

In den beiden letzten Jahren beschäftigte den Fachausschuss die Problematik der Antidepressiva in fast allen Sitzungen. Wir haben nach vielen Diskussionsprozessen eine Stellungnahme dazu erarbeitet, die an viele psychiatrisch Tätige und auch Organisationen versendet wurde. Es gab dazu eine Reihe von Antworten, die in den meisten Fällen grundsätzlich unsere Position bestätigte. Zum Teil gab es punktuelle Kritik, die wir prüfen und ggf. auch aufnehmen werden. Erfreulicherweise erhielt der Vorstand aufgrund der Stellungnahme eine Einladung ins BMG zu einem Gespräch über ärztliche und psychotherapeutische Begleitung im Kontext von medikamentösen Behandlungen von Depressionen.

Die Debatte wird weitergeführt. Der Zusammenhang (oder auch nicht) zwischen Einnahme von SSRIs und Suizidalität und Aggressivität wird uns demnächst beschäftigen.

Der Fachausschuss beschäftigt sich auch mit alternativen medikamentösen Therapien, und Jann Schlimme hat zur Verwendung von Cannabidiol einen umfangreichen Vortrag gehalten.

Weiter auf der Tagesordnung steht die Haltung der Krankenkassen / MDK zu einer Behandlung ohne oder mit wenigen Medikamenten. Der MDK besteht bei einem Klinikaufenthalt auf die Behandlung der Patient*innen mit Psychopharmaka. Wir wollen versuchen, hierzu eine Diskussion mit den Verbänden zu initiieren.

Es gab eine kleine Anfrage der FDP an die Bundesregierung zu Problematiken im Zusammenhang mit der Verordnung von Psychopharmaka. Jann Schlimme hat eine Stellungnahme, praktisch eine Antwort, verfasst, und wir hoffen, im politischen Raum mit unseren Stellungnahmen Gehör zu finden.

*Sprecherin: Renate Seroka
E-Mail: Seroka2014@gmail.com*

Fachausschuss Psychiatrie 4.0

Der Fachausschuss Psychiatrie 4.0 wurde auf der Jahrestagung 2016 gegründet. Er legt sein Hauptaugenmerk auf die ambulanten psychiatrischen Hilfen aus einer Kosten- und Leistungsträger übergreifenden Perspektive.

Der Fachausschuss trifft sich ca. zweimal jährlich, bisher immer in Berlin. Ihm gehören (zum Teil wechselnde) Mitglieder aus Berlin, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen, NRW und Saarland an. Der Verteiler ist weitaus größer. Die Koordination liegt bei Christian Reumschüssel-Wienert.

Zu folgenden Themen hat der Fachausschuss bisher gearbeitet:

- Zum Thema Soziotherapie haben wir eingehend diskutiert und hierzu ein Positionspapier (20. September 2017) veröffentlicht.
- Zum Thema BTHG haben wir auf bisher allen Sitzungen diskutiert. Hierzu wurden 2017 zunächst interne Papiere herumgeschickt. Darüber hinaus haben wir ein Positionspapier zur Umsetzung des BTHG vom 23. Oktober 2018 in der Diskussion, von dem wir hoffen, dass es noch 2019 abschließend bearbeitet werden kann.
- Der Fachausschuss hat sich an den „Zukunftsthemen“ der DGSP aktiv beteiligt. Hierzu hat er am 4. Juli 2018 ein Papier an den Vorstand geschickt.
- Der Fachausschuss hat zu einem internen Papier des Vorstandes (sog. Gretchenpapier) eine ebenfalls interne Stellungnahme (auch 4. Juli 2018) verfasst.
- Mitglieder des Fachausschusses haben für den Vorstand an der ersten Sitzung am 26. November 2018 des sogenannten Dialogforums des BMG / APK in Berlin teilgenommen und den Entwurf eines Positionspapiers (5. April 2019) zur ambulanten Behandlung für den Vorstand zugearbeitet.

In der nächsten Zeit wird der Fachausschuss Psychiatrie 4.0 sich mit folgenden Themen befassen:

- Positionspapier und Stellungnahme zur Umsetzung des BTHG in den Bundesländern
- Positionen zur Reform des Betreuungsrechtes
- Positionen zu Fragen der Vernetzung und Kooperation im Rahmen des „Dialogforums Psychiatrie“

Das nächste Treffen wird voraussichtlich Ende Oktober in Berlin stattfinden.

Sprecher: Christian Reumschüssel-Wienert

E-Mail: ChristianR.Wienert@t-online.de

Fachausschuss Migration

Der DGSP-Fachausschuss Migration wurde im Mai 2017 gegründet. Es hat bisher sechs Treffen mit jeweils etwa zehn Teilnehmenden gegeben. Leider war die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen überwiegend unterschiedlich. Die meisten kamen aus verschiedenen Projekten der Migrationsarbeit, nur wenige hatten einen DGSP-Hintergrund. So konnte auch bis heute keine Sprecher*in gefunden werden, sodass die Hauptaktivitäten von der DGSP-Geschäftsstelle (Michaela Hoffmann, Richard Suhre) ausgingen. Dies muss sich dringend ändern, da Michaela nur kommissarisch diese Funktion übernommen hat. Deshalb der Aufruf an alle DGSP-Mitglieder, die im Bereich Migration / Flüchtlingshilfe arbeiten oder in ihrem Arbeitsfeld mit den Menschen zu tun haben. Beteiligt euch am Fachausschuss!

Aktivitäten

Gründungstreffen: Mai 2017, DGSP-Geschäftsstelle

Ein Erfahrungsaustausch über Hilfen für geflüchtete Menschen und die Probleme vor Ort machte deutlich, dass die versammelten Kolleg*innen vielfältige berufliche oder ehrenamtliche Kompetenzen in den Bereichen Versorgung, persönliche Hilfen oder Traumatherapie für geflüchtete Menschen mitbringen. In einem zweiten Schritt wurden Ideen und Vorschläge für die künftige Arbeit des FA gesammelt. Ein ausführliches Brainstorming benannte eine Reihe von Problemfeldern, die die aktuellen Brennpunkte der Arbeit spiegeln. Genannt wurden beispielsweise: ungeschützte Situation von jugendlichen Flüchtlingen, verhinderte Familienzusammenführung, Abschiebungen (aktuell insbesondere nach Afghanistan), Verfolgung aufgrund sexueller Identität, mangelhafte Gesundheitsversorgung, Chancen der Traumatherapie, aber auch: Gefahr der Pathologisierung und Psychiatrisierung von Flüchtlingen. Wichtig ist die politische Dimension der zukünftigen Arbeit: „Psychiatrie in der Verantwortung“ – so die Überschrift einer DGSP-Stellungnahme vom Juli 2015. Seitdem haben sich die Restriktionen gegen Schutzsuchende vonseiten der Politik stetig verschärft. Eine „Abschottungskultur“ ist anstelle der „Willkommenskultur“ getreten. Aufgabe des DGSP-Fachausschusses ist es, dagegen Stellung zu beziehen und für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik einzutreten. Ein weiterer Baustein könnte die Konzeption von Fortbildungsangeboten und Tagungen sein.

Zweites Treffen: Oktober 2017, DGSP-Geschäftsstelle

Zum Selbstverständnis des Fachausschusses wurde herausgearbeitet, dass er sich nicht nur um die Situation kürzlich oder vor einiger Zeit geflüchteter und schutzsuchender Menschen kümmert, sondern auch um die Lage langjährig hier lebender Migrant*innen. Themen waren insbesondere die Aussetzung des Familiennachzugs, die Abschiebungen nach Afghanistan und die prekäre gesundheitliche Versorgung der Schutzsuchenden. Vor dem Hintergrund der aktuell stattfindenden Sondierungsgespräche für eine geplante Jamaika-Koalition wurde beschlossen, einen Brief mit Forderungen an die sondierenden Politiker zu entwerfen, der inzwischen von einer kleinen Arbeitsgruppe verfasst und an diese, aber auch an weitere politisch Verantwortliche und die Fachöffentlichkeit verschickt worden ist.

Außerdem thematisierte der Fachausschuss die erheblichen Missstände im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Dolmetscherproblematik. Hier standen u.a. Anhörungen / Prüfungen durch nicht ausreichend qualifizierte Mitarbeiter und Entscheider, Einschüchterungsversuche, Wartezeiten, Nichtberücksichtigung gesundheitlicher Probleme, unzureichende / fehlende Finanzierung der Sprachmittler im Mittelpunkt. Ein entsprechender Brief an den Innenminister und die Leiterin des BAMF, Jutta Cordt, wurde beschlossen. Die BAMF-Problematik soll auf dem nächsten Treffen ausführlich diskutiert werden.

Drittes Treffen: März 2018, Kompetenzzentrum Migration in Köln

Thema war die besondere Schutzbedürftigkeit psychisch erkrankter Menschen im Asylverfahren und deren Missachtung (siehe auch Artikel in der „Sozialen Psychiatrie“ 02/2018).

Aufgrund der Diskussion im Fachausschuss startete die DGSP-Geschäftsstelle im Mai 2018 eine Anfrage an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie an die politisch Verantwortlichen der zuständigen Landesministerien zur Situation von psychisch erkrankten geflüchteten Menschen mit besonderem Schutzbedarf. Darin bringt der Fachausschuss seine Sorge um die Wahrung der Rechte besonders schutzbedürftiger psychisch erkrankter und behinderter geflüchteter Menschen zum Ausdruck. Er kritisiert, dass deren besondere Rechte im Asylverfahren oft missachtet werden, und fordert die konsequente Umsetzung nach den EU-Asylrichtlinien und der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Auf diese Anfrage haben 12 Ministerien sowie das BAMF reagiert. Die Antworten sowie deren Auswertungen sind im Netz dokumentiert.

Viertes Treffen: Oktober 2018, im SPZ Ehrenfeld des Kölner Vereins für Rehabilitation

Hauptthema war die Befragung, die der Fachausschuss im Mai 2018 zur Situation besonders schutzbedürftiger psychisch erkrankter Menschen im Asylverfahren durchgeführt hat. Die Antworten der Ministerien aus 16 Bundesländern wurden diskutiert und kritisch bewertet. Dabei wurde deutlich:

- Einige Bundesländer antworten sehr ausführlich und weisen auf zahlreiche Aktivitäten und Initiativen psychosozialer und gesundheitsfördernder Maßnahmen zum Schutz psychisch erkrankter Migrant*innen im Vorfeld des Asylverfahrens hin.
- Die Frage nach einer statistischen Erfassung wird von allen verneint.
- Alle Bundesländer verweisen auf die Zuständigkeit des BAMF bei der Durchführung des Asylverfahrens.
- Das BAMF wiederum verweist auf die Zuständigkeit der Länder bei der Feststellung besonderer Schutzbedürftigkeit.

Die Bewertung im Fachausschuss ergab, dass im Vorfeld des Anhörungs- und Entscheidungsprozesses im Asylverfahren ein unzureichender Informationsaustausch und eine mangelhafte Kooperation zwischen den aufnehmenden und betreuenden Einrichtungen / psychosozialen Helfern einerseits und dem BAMF andererseits besteht, was dazu führt, dass in einer Vielzahl von Fällen die rechtlich vorgeschriebenen Verfahrensgarantien nicht gewährt werden. Es wurde beschlossen, die Bundesländer und das BAMF erneut anzuschreiben und zu befragen (siehe auch Artikel in der „Sozialen Psychiatrie“ 01/2019: „Schutzlos im Asylverfahren“)

Weitere Themen waren die zunehmenden Probleme bei der Anerkennung ärztlicher Atteste / Gutachten (Unterstellung „Gefälligkeitsgutachten“), das geplante Einwanderungsgesetz sowie eine Stellungnahme des Deutschen Berufsverbands für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) gegen Transitzentren (Sozialarbeiter*innen gegen die „Kasernierung von Geflüchteten“), die der Fachausschuss unterstützte.

Fünftes Treffen: März 2019, DGSP-Geschäftsstelle

Diskutiert wurden die Ergebnisse der erneuten Befragung der Landesministerien und des BAMF zum Thema „Psychisch erkrankte Menschen im Asylverfahren“. Unsere Kritik: Im Vorfeld des Anhörungs- und Entscheidungsprozesses im Asylverfahren bestehen ein unzureichender Informationsaustausch und eine mangelhafte Kooperation zwischen den aufnehmenden und betreuenden Einrichtungen / psychosozialen Helfern einerseits und dem BAMF andererseits, was dazu führt, dass in einer Vielzahl von Fällen die rechtlich vorgeschriebenen Verfahrensgarantien nicht gewährt werden. Antwort kamen wiederum vom BAMF, das unsere Kritik zurückwies und keine mangelhafte Kooperation seinerseits sah. Weiterhin antworteten die Ministerien von Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Je nach politischer Aus-

richtung wiesen die Länder unsere Kritik zurück oder stimmten ihr zu.

Hauptthema war jedoch das geplante „Hau-ab-Gesetz“ von Innenminister Seehofer. Hierzu wurde nach der Fachausschusssitzung von der Geschäftsstelle eine Stellungnahme zur „Gesetzesvorlage des zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ verfasst.

Neben zahlreichen Änderungen wie der Verschärfung der Haftvoraussetzungen von „Ausreisepflichtigen“ (mögliche Unterbringung in Strafanstalten; kein richterlicher Beschluss), der Strafandrohung bei Informationen über Abschiebungstermine, Kürzungen der Sozialleistungen (nach dem AsylbLG) und Erschwerung des ohnehin begrenzten Zugangs zur Gesundheitsversorgung von geflüchteten Menschen werden mit dem geplanten Gesetz auch die Möglichkeiten, Abschiebungsverbote aus gesundheitlichen Gründen geltend zu machen, weiter eingeschränkt.

Die DGSP und ihr Fachausschuss Migration wenden sich als sozialpsychiatrische Fachgesellschaft insbesondere gegen den Beschluss, der vorsieht, dass von Psychotherapeut*innen und Psycholog*innen erstellte Atteste über psychische Erkrankungen nicht mehr im Asylverfahren anerkannt werden sollen, sondern nur noch ärztliche Gutachten Berücksichtigung finden.

Zum drohenden „Hau-ab-Gesetz“ gab es eine Zusammenarbeit des Fachausschusses Migration mit dem Fachausschuss Psychotherapie und mit Vertreter*innen des BDP und der psychosozialen Zentren, deren Stellungnahmen wir unterstützten. Unsere Stellungnahme wurde an alle zuständigen Politiker auf Bundes- und Länderebene per Post verschickt, und wir erhielten einige unterstützende Antworten vonseiten der Grünen und der Linken.

Inzwischen ist das Gesetz mit Stimmen der CDU / SPD trotz aller Proteste verabschiedet und die nochmalige Verschärfung der Asylgesetzgebung in Kraft getreten.

Es stellt sich natürlich die Frage, inwieweit es überhaupt sinnvoll ist, dass die DGSP sich in dieser Form an die Politik wendet. Zumindest haben unsere Briefe – wenn sie auch keinen Einfluss auf die gesetzlichen Verschärfungen und deren Umsetzung nehmen konnten – die Haltung und Aktivität der DGSP ins Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger getragen. Dies zeigen die sehr zahlreichen und ausführlichen Antworten der Ministerien, die wir zunächst nicht erwartet hatten.

Weitere Themen und Aktivitäten

■ Der FA Migration und der FA Psychotherapie haben eine enge Zusammenarbeit, auch mit gemeinsamen Treffen, verabredet. Hier geht es insbesondere um den Erfahrungsaustausch und um Hilfen für psychisch kranke, traumatisierte Flüchtlinge, die dringend der Therapie bedürfen.

■ Eine Tagung fand am 6. September 2019: Unter dem Titel „Hilfe ohne Wenn und Aber! Psychosoziale, medizinische und rechtliche Betreuung von Geflüchteten und Migrant*innen“ in Dresden als eine gemeinsame Tagung der DGSP/FA Migration, der Sächsischen Landesärztekammer und des Sächsischen Flüchtlingsrats statt. Es nahmen ca. 150 Teilnehmer*innen an dieser Veranstaltung teil

■ „Soziale Psychiatrie“: In der SP 01/2020 wird es einen Themenschwerpunkt Migration geben, der Beiträge von einigen Teilnehmern des Fachausschusses enthält und u.a. über die Tagung berichtet.

■ Juristische Anforderungen an ärztliche Atteste in Verfahren des Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrechts: Im Fachausschuss Migration wurde berichtet, dass Ärzt*innen, die psychisch erkrankte schutzsuchende Menschen nach der Flucht behandeln, zunehmend unterstellt wird, sie würden „Gefälligkeitsgutachten“ erstellen. Damit ärztliche Bescheinigungen im Asylverfahren von den beteiligten und verfahrensbeteiligten Behörden (BAMF, Gerichte ...) entsprechend des Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlings-

rechts anerkannt werden, müssen sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Eine Handreichung hierzu wurde veröffentlicht.

Alle hier erwähnten Briefe, Antworten, Stellungnahmen und Artikel sind auf der DGSP-Homepage zu finden unter: www.dgsp-ev.de/ueber-uns/fachausschuessearbeitskreise/fa-migration

Kommissarische Sprecherin: Michaela Hoffmann

E-Mail: michaela.hoffmann@dgsp-ev.de

Fachausschuss „Netzwerk: Psychiatrie ohne Gewalt“ (NPOG)

Der DGSP Fachausschuss „Netzwerk: Psychiatrie ohne Gewalt“ (NPOG) wurde auf der DGSP-Mitgliederversammlung 2018 offiziell gegründet. Vorausgegangen war die Beteiligung der DGSP am Konsensusverfahren zur S3-Leitlinie „Verhinderung von Zwang“. Gewählte Sprecher des NPOG sind: Andreas Jung, Kolja Heumann und Stephan Debus.

Der FA tagte seit seiner Gründung drei Mal mit jeweils ca. zehn Teilnehmer*innen. Das erste Treffen fand am 15.02.2019 in Wennigsen (bei Hannover) statt. Insgesamt gehören zum Kreis der Mitglieder rund 20 Personen, der FA ist dialogisch strukturiert. Der FA hat mehrere thematische Schwerpunkte:

- Austausch zu und Förderung einer Psychiatrie, die ohne oder zumindest mit wenig Zwangsmaßnahmen auskommt;
- Besuch von guten Praxisbeispielen und Verbreitung guter Methoden zur Zwangsvermeidung: Durchführung von FA-Sitzungen an entsprechenden Orten (bspw. Kliniken Herne und Heidenheim), Bericht im DGSP-Vorstand und in DGSP- und anderen Medien, Vorträge bei Fachtagen und Durchführung von Workshops;
- Beabsichtigte Durchführung eines Monitoringprojektes zu Gewalt- und Zwangsanwendung in der Psychiatrie unter Beachtung der Menschenrechte und S3-Leitlinie;
- Organisation und Durchführung von Fachveranstaltungen;
- Politische Positionen erarbeiten und in den politischen Diskurs einbringen.

Seine Arbeit hat der FA auf einer Fachtagung der Hessischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie in Marburg (2019) vorgestellt sowie auf der DGSP-Jahrestagung in Leverkusen (2019).

Sprecher: Dr. Stephan Debus

E-Mail: info@x-kultursemiotik.de

Fachausschuss Psychotherapie

Der Fachausschuss trifft sich 2-3 mal jährlich an unterschiedlichen Orten.

Er hat aktuell 8 Mitglieder aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen, von denen 4 aktiv sind.

Der Kurs „Psychotherapeutische Grundhaltung“, der vom Fachausschuss entwickelt wurde, ist als 6.Kurs mit sehr gutem Erfolg Ende Mai 2018 in Frankfurt am Main zu Ende gehen.

Ein Kurs der ab September 2019 in Magdeburg stattfinden sollte, wurde mangels Teilnehmer*innen abgesagt.

Des Weiteren haben wir einen „Basiskurs Psychotherapeutischen Grundhaltung“ als inhouse Weiterbildung entwickelt.

Der erste Basiskurs absolvierten wir ab März 2018 in Viersen. Ein neuer Kurs ist in Planung und beginnt voraussichtlich im Februar 2020 in Nettetal.

Neben aktuellen Fragen aus der „Psychotherapielandschaft“ referieren in jeder Sitzung Mitglieder im Sinne von gegenseitiger Fortbildung, z.B. zu neuen Forschungsergebnissen, eigenen Erfahrungen u.a.m.

Aktuell diskutieren wir z.B. auch:

- Änderungen in der Ausbildung zum Psychotherapeuten = Neues aus der Bundes Psychotherapeuten Kammer
- Veränderungen in der Richtlinienpsychotherapie
- Wie schaffen wir es neue Mitglieder zu gewinnen und unseren Internetauftritt neu zu gestalten
- Beratung und Therapie von Geflüchteten und MigrantInnen u.a.m.

Zu vielen Themen haben wir auch gemeinsam mit der Geschäftsstelle fachliche Stellungnahmen verfasst.

Das letzte Treffen im März fand gemeinsam mit dem Fachausschuss Migration in Köln statt. Gemeinsam mit diesem Fachausschuss haben wir auch einen Fachtag zur Psychosozialen, medizinischen und rechtlichen Betreuung von Flüchtlingen organisiert. Sie wird am 6.9.2019 in Dresden stattfinden.

Probleme sehen wir weiterhin in unserem zahlenmäßig so gering besetztem Fachausschuss.

Hier hoffen wir auf Unterstützung in der Werbung, mehr Öffentlichkeitsarbeit und hatten dazu auch Hilfen von der Geschäftsstelle.

Die nächsten Fachausschusssitzungen findet am Samstag, den 7.9.2019 nach dem Fachtag „Hilfe ohne wenn und aber“ in Dresden statt.

Bei Interesse verschicken wir gern die Einladungen dazu.

*Sprecherin: Dr. Ute Merkel
E-Mail: drs.merkel@gmx.de*

Fachausschusses Sucht

Der FA Sucht arbeitet kontinuierlich in drei bis vier jährlichen Treffen an aktuellen Themen, die insbesondere sozialpsychiatrische Fragestellungen in Verbindung mit der Versorgung abhängigkeitsgefährdeter und abhängigkeitskranker Menschen betreffen. Regelmäßig nehmen zwischen 8 und 10 Mitglieder des FA an den Sitzungen teil.

Die nachstehenden Themen wurden in den Sitzungen zwischen 2016 und 2018 behandelt:

1. Tagungen

In zweijährigem Rhythmus veranstaltet der FA seit 12 Jahren in wechselnden Bundesländern die Tagung „Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare Herausforderung zum gemeinsamen Handeln“. In Kooperation mit Fachverbänden aus den angrenzenden Arbeitsgebieten Betreuungsgerichtstag (BGT) e.V., der BAG Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) e.V. und dem DBH e.V. – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik) werden die für die Suchtarbeit wichtigen Zielgruppen, nämlich KollegInnen, die ständig mit Suchtproblemen ihrer Klientel befasst sind und sich oftmals nicht sicher sind, wie sie fachgerecht vorgehen sollen, erreicht. Der Fachtag soll dazu beitragen, Sicherheit im Umgang mit süchtigen Menschen zu vermitteln. In einem anschließenden Vertiefungstag werden zu den behandelten Themen konkrete Übungen und praktische Unterstützung angeboten. Der Fachtag wurde über die Jahre in der Regel sehr gut angenommen. Viele Teilnehmer kommen aus den jeweiligen Regionen, weshalb ein Wechsel der Veranstaltungsorte Sinn macht. 2020 wird der Fachtag in Leipzig mit dem Themenschwerpunkt BTHG und Sucht stattfinden.

Am 15.11.2019 findet eine Fachtagung zur Suchtarbeit im Strafvollzug statt. Das Besondere dieser Tagung ist der Ort: in Zusammenarbeit mit der JVA Bielefeld-Brackwede wird der Fachtag in der Haftanstalt stattfinden. Die verschiedenen Themen zur Versorgung Abhängiger werden mit externen Kolleg*innen, Bediensteten im Vollzug und Insassen diskutiert.

2. Maßregelvollzug (MRV)

In den letzten drei Jahren war der Maßregelvollzug und dessen Bedeutung für Suchtmittelabhängige kontinuierliches Thema. Stichworte: Zunahme Suchtkranker im Maßregelvollzug (u.a. Ba-Wü, Bayern), Verschiebung der zunehmenden Zahl gewaltbereiter Patienten aus der Psychiatrie in den MRV.

3. Cannabis – Bedeutung als Medikament, Freigabe

U.a. aus der Stellungnahme des FA vom 03.05.2018:

Suchtmittelkonsum wird stets im Widerstreit gesellschaftlicher Akzeptanz und dem Verlangen nach repressiver Intervention stehen. Drogen gefährden, wie alle Suchtmittel, besonders junge Menschen. Andere Altersgruppen werden einen unauffälligen und weitgehend schadlosen Konsum praktizieren, diese müssen vor Strafverfolgung geschützt werden. Es wird keine eindeutige Lösung geben, die allen Problemlagen gerecht wird. Vielmehr muss ein stetig zu führender Aushandlungsprozess zwischen den verschiedenen Polen dazu beitragen, den gesellschaftlichen Interessen, Bedürfnissen und Ängsten gerecht zu werden.

Die Entpönalisierung von Cannabiskonsum wird zur Entspannung in der kontroversen Diskussion beitragen.

Zur medikamentösen Nutzung: Der Fachausschuss hält die Freigabe von Cannabis als Medikament für sinnvoll, wenn auch nicht die erwarteten medizinischen Erfolge nachvollzogen werden können.

4. Netzwerk Sucht

Suchthilfe ist Netzwerkarbeit. Die vielfältigen Hilfemöglichkeiten können nur innerhalb eines Suchthilfenetzwerkes für die Betroffenen angemessene Unterstützung bieten.

Netzwerkarbeit ist umso wichtiger als mehr und mehr wirtschaftliche Interessen der Träger über indikativen und versorgungsbezogenen Behandlungsentscheidungen stehen.

Patientenpfade werden in den letzten Jahren primär durch die Wertschöpfungskette geleitet.

Das KV-System fördert nicht die aktive Beteiligung (Frühintervention) an der Netzwerkarbeit durch niedergelassene Ärzte, es wirkt eher kontraproduktiv.

Die Nutzung von Hometreatment und stationsäquivalenten Behandlungen befindet sich in der Aufbauphase. Neben ersten mutmachenden Erfahrungen ist noch viel Entwicklungsarbeit zu leisten, um aufsuchende Suchtbehandlung in der Versorgungspsychiatrie zu einem festen Standbein werden zu lassen. Attraktiv erscheint u.a. die Möglichkeit, anknüpfend an Erfahrungen der LWL Klinik Lengerich, die sogenannten Systemsprenger mittels stationsäquivalenter Leistungen zu integrieren, um für alle kraftraubende stationäre Maßnahmen für diese Klientel zu verhindern.

Die Suchthilfeträger innerhalb einer Region müssen sich verbindlichen Vereinbarungen unterwerfen, um das regionale Netzwerk den Patienten optimal zugänglich zu machen.

5. PEPP (2016)

Eine Einschätzung der neuen Situation ist schwierig. Die sich nun abzeichnenden Einzelleistungsprinzipien sind für Suchtbehandlungen fragwürdig, sie sind eher ähnlich den Fachleistungsstunden zu bewerten. Die Schere geht weiter auseinander, weil die „schlecht“ prognostizierten Patienten noch weniger bekommen werden. Es findet ohne Not eine falsche Umverteilung der Steuermittel statt. Kostengesichtspunkte werden Teile der Suchtbehandlung verunmöglichen oder zumindest einen Behandlungswandel einleiten. Eine individuelle Steuerung der Behandlungsverläufe mit Blick auf die Kosten ist noch mehr als bisher notwendig. Es fehlt eine politische Koordination der verschiedenen Bereiche, die kostenmäßige Splitting wird, ähnlich wie bisher die Aufteilung zwischen SGB V und SGB VI-Leistungen, zu Verwerfungen in der Gesamtbehandlung führen.

6. BTHG

Das neue Bundesteilhabegesetz hat im Kern gute Absichten. Der Betroffene rückt noch stärker in den Mittelpunkt und wird selbst zu demjenigen, der die Ziele der Hilfe formulieren und bestimmen soll. Das BTHG verspricht methodisch fundierte Verfahren, von denen die Betroffenen profitieren, Wirkungsnachweise sollen dies sicherstellen. Offen bleibt, ob Leistungsträger das wirklich so umsetzen oder ob es nur um Kostenersparnis geht. Die Neuordnung der stationären Eingliederungshilfe wirkt unausgereift und stellt die bestehenden Einrichtungen vor noch unübersehbare Herausforderungen. Es wird darauf ankommen, in diesem Reformprozess dazu beizutragen, dass die Betroffenen am Ende tatsächlich davon profitieren und die Leistungsanbieter für ihre Aufträge rechtzeitig angemessen ausgestattet werden.

7. Umfassende Unterstützung von Kindern in suchtbelasteten Familien

Kinder aus suchtbelasteten Familien gehören inzwischen zu einer besonderen Risikogruppe. Zur Verringerung des Risikos für diese Kinder sind in Abstimmung mit der Jugendhilfe flächendeckend kindgerechte Hilfemaßnahmen sowie elternspezifische Beratung in Einzel- und Gruppenformen bereit zu stellen. Suchtprävention in den Bereichen Erziehung, Schule und Kinder- und Jugendschutz muss intensiviert werden. Andernfalls sind Spaltungsprozesse in der Gesellschaft mit in der Folge empfindlichen volkswirtschaftli-

chen Schäden zu befürchten. Eine der wichtigsten Grundlagen jedweder Veränderung ist die verpflichtende Kooperation der beteiligten Sozialressorts. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist es nicht gelungen, Jugendhilfe und Suchthilfe inhaltlich so aufeinander abzustimmen, dass Finanzierungszuständigkeiten als nachrangig betrachtet werden.

Weitere Themen wurden in Kurzform behandelt und auf die Agenda der nächsten Sitzungen genommen.

Sprecher: Thomas Bader

E-Mail: tb.bader@t-online.de

Fachausschuss Wohnen (früher: Menschen in Heimen)

Der externe Leser wird unsere Begeisterung nicht nachempfinden können, aber die Umbenennung des Fachausschusses Menschen in Heimen in den Fachausschuss Wohnen war eine der zentralen Entwicklungen. Dies insbesondere, wenn man die dahinterliegende historische Diskussion berücksichtigt, die sich gerade im Zusammenhang mit dem BTHG darum bemühte, die „Schwierigsten“ im Blick zu behalten und gleichzeitig sich veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.

Dieser Spagat beschreibt in Teilen die gemeinsame Arbeit der letzten zwei Jahre, wo wir uns mit den Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten für die Entwicklung von Wohnangeboten in Deutschland unter den veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundesteilhabegesetzes, aber auch möglicher Förderaspekte für den Neubau oder die Neugestaltung von Wohnangeboten beschäftigt haben.

Im Rahmen von jährlich zwei Treffen an unterschiedlichen Orten in Deutschland (Bremen, Mönchengladbach, Siegburg und Hamburg) tauschten wir uns durch kurze Hospitationen fortlaufend über Konzepte und Entwicklungen bei verschiedenen Trägern aus. Dies pasierte vor allem mit dem Ziel, Impulse zu setzen, Ideen und Anregungen für die eigene Arbeit mitzunehmen, sich aber, wenn erforderlich, auch politisch zu positionieren. Zu diesem Aspekt könnte sich der Fachausschuss für die Zukunft mit seinen Erfahrungen sicherlich aktiver als bisher in die unterschiedlichsten Debatten einbringen.

Ergänzende Gespräche über Entwicklungen in den jeweiligen Bundesländern sowie zahlreiche Gäste auch zu wissenschaftlichen Themen rundeten die jeweiligen Treffen ab.

Im Juni 2017 haben wir in Köln einen Fachtag mit dem Thema „Teilhabe für alle“ organisiert, wo in Vorträgen und Workshops eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des BTHG auf die „Schwierigsten“ erfolgte.

Außerdem hatten wir einen erheblichen personellen Umbruch zu verzeichnen und befinden uns mit dem Fachausschuss weiter in einer Phase der Neuorientierung. Viele den Fachausschuss auch inhaltlich tragende Personen haben mit dem Übergang in den Ruhestand entweder den Fachausschuss verlassen oder ihre Aktivitäten aus unterschiedlichsten persönlichen Gründen reduziert. Ein besonderer Dank geht dabei an Wolfgang Bayer und Joachim Heimler, die die Arbeit des Fachausschusses über Jahre hinweg geprägt haben.

Der Austausch und die Qualität leben von der Vielfaltigkeit der Erfahrungen und den fachlichen Auseinandersetzungen. Daher würden wir uns über die Mitarbeit von mindestens zwei Teilnehmer*innen aus jedem Bundesland freuen und hoffen auf reges Interesse.

*Sprecher: Jens Temme
E-Mail: Jens.Temme@bethel.de*

Die umfassenden Kontaktdaten der Fachausschüsse und Arbeitskreise der DGSP sind wie folgt abrufbar:
<https://www.dgsp-ev.de/ueber-uns/fachausschuessearbeitskreise.html>

DGSP-Landesverbände

DGSP Baden-Württemberg e.V. (DGSP-BW)

Personelle Situation im Vorstand und Vorstandssitzungen

Der Vorstand der DGSP BW besteht aktuell aus den Kolleg*innen Jürgen Bielesch, Christoph Reinstadler, Iris Maier-Strecker, Friedrich Walburg und Dr. Klaus Obert.

Sporadisch nehmen Mitarbeiter*innen aus sozialpsychiatrischen Einrichtungen Stuttgarts als „Gäste“ an den Sitzungen teil. Wir sind unverändert bestrebt, weitere, vor allem junge Kolleg*innen zur kontinuierlichen Mitarbeit in der DGSP und im Vorstand zu bewegen und zu gewinnen – eine zweifelsfrei nicht einfache Herausforderung.

Insgesamt fanden innerhalb des Berichtszeitraums neun in der Regel halbtägige Vorstandssitzungen in Stuttgart statt. Selbstverständlich kann die Vorstandssitzung auch andernorts stattfinden, je nach Bedarf und Anfrage.

Themen und Inhalte der Vorstandssitzungen und Aktivitäten
Vielfältige psychiatriepolitisch aktuelle Themen bestimmten neben der Planung von Tagungen die Vorstandssitzungen:

- Bundesteilhabegesetz
 - Umsetzung des Psychisch Krankenhilfe Gesetzes
 - Sozialpsychiatrische Dienste sowohl in BW (Neufassung der Verwaltungsrichtlinien verbunden mit der Frage, welche Aufgaben die SpDi im Land BW zu erfüllen haben) als auch die Mitarbeit im bundesweiten Netzwerk der SpDis
 - Betreutes Wohnen in engem Zusammenhang mit der Diskussion und der Einrichtung um geschlossene Wohnheimplätze und der Umsetzung regionaler Versorgungs verpflichtung, Weiterentwicklung der Hilfeplankonferenz – und dies vor dem Hintergrund der anstehenden Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz
 - Veränderung der Richtlinien der Soziotherapie und welche Auswirkungen dies auf die Praxis haben wird – der flächendeckende Ausbau der Soziotherapie in BW durch die Anbindung an die SpDi besteht zwar noch, hat aber aufgrund der Rahmenbedingungen zu einem enormen landesweit festzustellenden Rückgang geführt
 - Implementierung von stationsäquivalenter Behandlung, die in einigen psychiatrischen Kliniken in BW Fahrt aufnimmt
 - Zusammenarbeit zwischen der Forensik und den regionalen Gemeindepsychiatrischen Verbänden: Sensibilisierung der Kolleg*innen: die Forensik (und die forensische Nachsorge) ist ein unverzichtbarer Bestandteil der gemeindenahen Psychiatrie (u.a. Fachtagung in Bad Boll, gemeinsam veranstaltet mit dem Kontaktgespräch der Psychiatrie-Fachverbände)
 - Förderung der Partizipation vor Ort in den Gemeindepsychiatrischen Verbänden gemeinsam mit den Selbsthilfeorganisationen
 - Fachveranstaltung zur Weiterentwicklung der gerontopsychiatrischen Versorgung
- Die Befassung und Auseinandersetzung mit den verschiedenen Themen besteht vorrangig im Austausch, in der Erarbeitung von Positionen und Haltungen, in der Vorbereitung von Tagungen, in der Vernetzung mit anderen Akteuren und der Absprache, wer dann was unternimmt. Dies bedeutet, dass wir die unterschiedlichen Netzwerke und Verbindungen nutzen und zu deren Weiterentwicklung beitragen, z.B.:
- Mitarbeit im Netzwerk Psychiatrie Baden-Württemberg
 - Enge Abstimmung mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege
 - Mitgestaltung der Arbeit des bundesweiten Netzwerks der Sozialpsychiatrischen Dienste (Vertretung des Vorstands in der Steuerungsgruppe)
 - Enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Selbsthilfeorganisationen

- Federführung des Arbeitskreises Verbundentwicklung Baden-Württemberg
- Regelmäßiges, jährlich stattfindendes Kooperationsgespräch im Sozialministerium über aktuelle psychiatriepolitische Themen und der Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung
- Regelmäßige Kontakte mit weiteren politisch Verantwortlichen im Land, in den Kommunen und Landkreisen
- Vorbereitung und Mitgestaltung des Landespsychiatrietags 2018 sowie Vorbereitung und Mitgestaltung der Tagung „Vier Jahre Psychisch Krankenhilfegesetz“ vor dem Hintergrund der Umsetzung des BTHG im September 2019

Von Vorteil ist diesbezüglich die enge Personalunion der Vorstandsmitglieder in und mit verschiedensten Organisationen sowohl im Land als auch bundesweit: Mitarbeit in Fachausschüssen der DGSP (Fachausschuss Wohnen und Psychopharmaka), Mitarbeit im bundesweiten Kontaktgespräch der Psychiatriefachverbände, in der Aktion psychisch Kranke, in der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände, Bundesweites Netzwerk Sozialpsychiatrischer Dienste, Anfrage zur Mitarbeit im Ausschuss der DGPPN zu „Geschlossenen Wohnheimen“ etc.

Anstehende Themen in der nächsten Zukunft

Die oben genannten Themen werden uns auch weiterhin beschäftigen:

- Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (u.a. wie können regionale Versorgungsverpflichtung realisiert und die Hilfeplankonferenz „gerettet“ werden)
- Umsetzung stationsäquivalenter Behandlung
- Diskussion um geschlossene Wohnheimplätze und konsequente Umsetzung regionaler Versorgungsverpflichtung
- Gerontopsychiatrische Hilfen und Versorgung in Baden-Württemberg
- Wohnungslose psychisch kranke Menschen
- Psychisch belastete und psychisch kranke Flüchtlinge
- Forensik als Bestandteil der Sozialpsychiatrie und des Gemeindepsychiatrischen Verbundes
- Weiterentwicklung der SpDi vor dem Hintergrund der Neufassung der Verwaltungsrichtlinien (Umgang mit hoheitlichen Aufgaben?)
- Intensivierung der Suche und die Gewinnung von jungen Kolleg*innen zur Mitarbeit in der DGSP

*Sprecher: Dr. Klaus Obert
E-Mail: info@dgsp-bw.de
www.dgsp-bw.de*

Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BayGSP)

Etwa alle drei Monate traf sich nach wie vor der Vorstands- und Aktiven-Kreis in München – ein überschaubarer Zirkel von vier bis sieben Menschen, die zumeist schon lange Jahre an dieser Stelle zusammenwirken. Aber gelegentlich auch neue Namen sowie die Beteiligung von Psychiatrie-Erfahrenen im (erweiterten) Vorstand geben den Treffen und Debatten eine neue Note.

Ein Zusammenwirken mit den Mitgliedern außerhalb Münchens findet eher am Rande von Fachtreffen und Fortbildungen anderer Veranstalter oder natürlich bei der DGSP statt.

Die zweijährlichen Wahlen zum Vorstand in Verbindung mit der MV wurden 2018 wieder mit einer fachöffentlichen Veranstaltung verknüpft, die das Thema der neuen Psychotherapie-Richtlinie sowie die Erweiterung der Richtlinientherapie für die Diagnosegruppe der Schizophrenie erläuterte und einem Fachdiskurs öffnete: spannend, zeitgemäß, sektorenübergreifend, und dennoch: Der Zustrom an Interessenten und Mitgliedern blieb begrenzt – Zeichen für eine insgesamt abnehmende Resonanz bei vielen Kernthemen der Versorgung. Ganz anders beim großen öffentlichen Thema der Psychiatrie der letzten Jahre in Bayern: die Verhandlungen um das neue PsychKHG. Hier hatten Sozialministerium und Regierung eine eklatante Verschärfung der Kontrollbestimmungen in Entwurfsform gefasst – entgegen allem fachlichen Rat eines extra einbestellten „Runden Tisches Psychiatrie“. Als Reaktion darauf hatten Medien, Betroffenen-Vereinigungen und alle Fachverbände im Verbund mit kundigen Vertretern aus der Sozialpolitik die Lage so laut und eindeutig skandalisiert, dass die inzwischen erneuerte Landesregierung sich rasch zu einem Schwenk in Richtung auf ein modernes Gesetzeswerk entschloss, das Hilfen und Beteiligungsrechte in den Vordergrund rückte.

Die BayGSP war in diesem Prozess nicht nur initiierend, sondern auch im Verlauf immer wieder aktiv und wegweisend verbunden mit den Akteuren. Gerade der Status eines unabhängigen und keinem „Markt“-Interesse folgenden Fachverbandes eröffnete immer wieder die Möglichkeit, sozialpsychiatrische Positionen zu vertreten und öffentlich danach gefragt zu werden. Das kurz vor den Landtagswahlen 2018 verabschiedete PsychKHG Bayern durchläuft nun eine Umsetzungsphase bis Anfang 2020 mit diversen Evaluations-schritten, an denen sich auch die BayGSP im Verbund mit anderen Verbänden und Gremien beteiligt. Neben diesem phasenweise sehr zeitintensiven Engagement blieben wenig Ressourcen für weitere Themen – die dennoch Platz und Raum fanden:

- Die renommierte und stets ausgebuchte Psychiatrie-Tagung in der Ev. Akademie in Tutzing im Mai 2018, als Kooperationsprojekt der Akademie, der BayGSP und einem weiteren Psychiatrieverband (Bayer. Ges. für psych. Gesundheit): „Psychopharmaka“; im Jahr zuvor und im selben Format: „Wahnsinn – Passen seelische Gesundheit und spirituelle Extreme zusammen?“
- Öffentliche Veranstaltungen eines Kreises um Michael von Cranach, der sich für die öffentliche Aufarbeitung der „Euthanasie“ in der Nazi-Zeit einsetzt, mal im Rahmen einer Ausstellung im Münchener NS-Dokuzentrum, mal als Beteiligung an der Münchener Form der Erinnerungskultur (einer Stelen-Erriechung vor dem ehemaligen Wohnhaus deportierter Menschen), mal als Beteiligung an einer Veranstaltung in der Klinik Eglfing-Haar (von der aus Deportationen erfolgten)
- Einsatz für Inklusion und „Normalisierung“ von psychischen Leiden, der immer wieder vom Münchener Psychose-Seminar (angeschoben von Heinrich Berger) gebündelt und in öffentlichen Veranstaltungen vorgebracht wurde, oftmals im Verbund mit den gesundheitspolitisch aktiven Mandatsträgern aus dem Bayerischen Landtag und in den von der Stadt München getragenen Inklusions-Arbeitskreisen

Kommende Aktivitäten beziehen sich auf die nächste Psychiatrie-Tagung in der Ev. Akademie Tutzing im Mai 2020, ein Diskurs mit den in München gestarteten Versorgungsprojekten „Stationsäquivalente Behandlung“ und „Gemeindepsychiatrische Basisversorgung“ sowie die Begleitung der Umsetzung zum PsychKHG. Bleibt zu erwähnen, dass eine Menge Raum für neue Mitwirkende und Aktive offen ist, sich in die Diskurse und Projekte einzubringen.

*Sprecher: Dr. Manfred Jehle
E-Mail: baygsp@gmx.de*

Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BGSP)

Rechenschaftsbericht der Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BGSP) für die Jahre 2016 bis 2018

Vorstandssitzungen

Die Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie hatte (mit Stand vom Mai 2018) 162 Mitglieder. Die Vorstandssitzungen der BGSP finden weiterhin monatlich statt und werden protokolliert. Sie werden in der Regel von 15 bis 20 Mitgliedern und Interessierten besucht. Die Vorstandssitzungen sind für Gäste weiterhin offen. Die genauen Informationen zum Termin und dem Ort sind über unsere Webseite zu erfahren (www.bgsp-ev.de) oder per E-Mail zu erfragen: bgsp-ev@gmx.de. Gäste auch Nichtmitglieder sind immer herzlich willkommen.

Die Treffen des erweiterten Vorstands des Bundesverbands Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) sowie die jährlich stattfindenden Verbandstage wurden regelmäßig von dem 1. Vorsitzenden und den Landesdelegierten der BGSP besucht.

Vereinsziele

Die Vereinsziele werden insbesondere erreicht durch Öffentlichkeitsarbeit, die Durchführung von eigenen Veranstaltungen, die Unterstützung anderer Aktivitäten, die Herstellung und Verbreitung von Medien, die Herausgabe von Stellungnahmen und Broschüren und die Unterstützung sozialpsychiatrischer wissenschaftlicher Forschung. Für die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit betreibt die BGSP eine Internetseite: www.bgsp-ev.de

Rückblick 2016

In der Trägerschaft der Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. hat das „Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie“ am 1. Januar 2016 seine Arbeit aufgenommen. Ziel des Archivs ist es, wichtige Literatur, Dokumente und Medien über die Entwicklung der Sozial- und Gemeindepsychiatrie zu sammeln und so für die Nachwelt zu erhalten. Gesammelt werden Bücher, Fachzeitschriften, Broschüren, Tagungsberichte, Flugblätter, sogenannte graue Literatur usw. Der Bestand wird digital erfasst und soll zukünftig Interessierten u.a. zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt werden. Eine vergleichbare Sammlung von Literatur und weiteren Medien existiert bisher in Deutschland nicht. Weitere Informationen sind auf der Homepage der BGSP veröffentlicht.

Seit September 2015 hat der Vorstand der BGSP die DGSP-Jahrestagung, die vom 6. bis 8. Oktober 2016 unter dem Titel „Sozialpsychiatrie 40.0 – nach der Reform ist vor der Reform“ in Berlin stattfand, vorbereitet. In der Vorbereitungsgruppe haben sich außer dem Vorstand über 30 Vereinsmitglieder engagiert. Die Tagung unterschied sich unter anderem durch das Rahmenprogramm von den bisher stattgefundenen Tagungen der DGSP.

So hat die BGSP einen Vorkongress am 5. Oktober 2016 mit dem Titel „Don't panic 2030?! – per Anhalter durch die Sozialpsychiatrie“ veranstaltet. Dieser wurde von Studierenden und jungen Mitarbeiter*innen aus Berliner Vereinen der Sozialen Psychiatrie selbstverantwortlich organisiert. Aus diesem Vorkongress heraus

hat sich eine Gruppe gebildet, die als Arbeitsgemeinschaft der BGSP unter dem Namen „JuWel“ (Junger Wechsel) seither arbeitet. Am 8. Oktober 2016 fand eine sehr gut besuchte Sondervorstellung des Films „Nebel im August“ zum Abschluss der Jahrestagung statt. Am 7. November 2016 hat die BGSP an der Demonstration „Für ein besseres Bundesteilhaberecht“ in Berlin mit mehr als 20 Mitgliedern und mehr als 40 zum Teil schwersterkrankten Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und Expert*innen aus Erfahrung teilgenommen.

Rückblick 2017

Am 5. April 2017 veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft „JuWel“ mit Unterstützung der BGSP einen Reflexionsabend zum Vorkongress des Vorjahres im Pinellodrom.

Die BGSP war mit einem Team beim MUT-Lauf am 4. August 2017 auf dem Tempelhofer Feld dabei. Alle waren begeistert von der Atmosphäre und dem erfolgreichen Verlauf. An einem Informationstand konnten sich Interessierte über die Arbeit der BGSP informieren. Am 2. September 2017 hat sich die BGSP an der Veranstaltung „Aus der Geschichte lernen – Gedenkveranstaltung für die Opfer von Patientenmord und Zwangssterilisation in der NS-Zeit“ beteiligt. Im Jahr 2017 hat sich die BGSP schwerpunktmäßig mit dem parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren des reformierten Gesetzes zu Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKHG) befasst. Hierzu hat die BGSP Stellungnahmen verfasst und am Anhörungsverfahren im Berliner Abgeordnetenhaus teilgenommen. Die BGSP hat eine Broschüre zum neuen PsychKHG herausgegeben, die von einer trialogisch besetzten Redaktionsgruppe unter Federführung der Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie in Berlin (BIP) erstellt wurde.

Am 18. Oktober 2017 veranstaltete die BGSP in Kooperation mit der Überregionalen Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (ÜPSAG) eine Tagung zum Thema „Was ist neu am PsychKHG?“, die sehr gut besucht war. Um die Öffentlichkeitsarbeit der BGSP zu verbessern, wurde eine Arbeitsgruppe aus Vereinsmitgliedern gebildet, die im Sommer 2017 ihre Arbeit aufgenommen hat.

Im Oktober 2017 hat die BGSP, auch im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, eine Stellungnahme zur Situation der Sozialpsychiatrischen Dienste in Berlin an die zuständige Senatsverwaltung versandt.

Im Dezember 2017 hat ein neuer Kurs der Sozialpsychiatrischen Zusatzausbildung (SPZA) in Berlin begonnen, der von zwei Mitgliedern des Berliner Landesverbandes geleitet wird. Voraussetzung für die Teilnahme am Kurs ist eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie eine mindestens einjährige Berufstätigkeit. Neben einer Vermittlung von Basiswissen für den psychiatrischen Alltag ist es das Ziel, eine gemeindepsychiatrische Perspektive zu entwickeln, um die Handlungskompetenz für unterschiedliche Problemlagen zu erweitern.

Rückblick 2018

Am 30. Mai 2018 hat die BGSP eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Stationsäquivalente Behandlung – neue Chancen der Kooperation?“ durchgeführt. Die Veranstaltung hat in der Fachöffentlichkeit eine breite Resonanz gefunden und war sehr gut besucht.

Am 30. Mai 2018 hat die Mitgliederversammlung der BGSP stattgefunden, auf der ein neuer Vorstand gewählt wurde. Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an: Uwe Brohl-Zubert, Tina Lindemann, Holger Kühne, Markus Dorn-Jankowski, Swantje Wagner; dem erweiterten Vorstand gehören an: Julia Eder, Petra Rossmann, Katrin Nordhausen und Ilja Ruhl.

Im Juli 2018 ist das Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie (BAS) der BGSP in neue Räume in der Dominicusstraße 5-9 in Berlin-Schöneberg umgezogen. Der Bestand ist stetig angewachsen und umfasst bisher (Stand: Dezember 2018) 4.000 Titel / Medien. Am 3. August

2018 hat die BGSP erneut an der Veranstaltung auf dem Tempelhofer Feld teilgenommen („Der Lauf & der Markt für seelische Gesundheit“) und war mit einem Infostand sowie einer Laufgruppe vertreten.

Mit Beteiligung von Mitgliedern aus Berlin hat die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) zum Thema „Sozialpsychiatrie unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Ungleichheiten“ vom 15. bis 17. November in Magdeburg stattgefunden.

Am 8. November 2018 hat eine Gruppe aus BGSP-Vorstandsmitgliedern das Krankenhaus des Maßregelvollzugs Berlin besucht und sich über die Situation der dort untergebrachten Menschen informiert.

Mit Unterstützung der BGSP hat am 8. November 2018 ein Fachtag der Brandenburgischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BraGSP) mit dem Titel „Psychiatrie in Bewegung – neue gesetzliche Regelungen in Brandenburg“ zum Thema Novellierung des PsychKG sowie Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Brandenburg stattgefunden. Die Veranstaltung hatte auch das Ziel, Interessierte für eine Mitarbeit in der BraGSP zu gewinnen. Beherrschendes Thema der Vorstandssitzungen war im Herbst die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Eine Stellungnahme der BGSP wurde vorbereitet und Anfang 2019 verabschiedet.

Sprecher: Holger Kühne

E-Mail: bgsp-ev@gmx.de

www.bgsp-ev.de

Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BraGSP)

Der Landesverband Brandenburg hat sich anlässlich der Mitgliederversammlung am 20.02. 2019 aufgelöst. Hintergrund für diesen Schritt ist, dass in dem großen Flächenland Brandenburg die Arbeit des Landesverbandes nicht in dem erforderlichen Umfang zu organisieren war. Lange haben die aktiven Vorstandsmitglieder gegen eine Auflösung des Vereins gekämpft. Als DGSP-Mitglieder will man sich in lockerer Weise regelmäßig treffen, um Psychiatriethemen zu diskutieren

DGSP-Landesverband Bremen e.V.

Der Vorstand des Landesverbandes Bremen trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat zu einer in der Regel öffentlichen Sitzung – zu der dann Mitglieder, themenbezogene Gäste und Interessierte herzlich willkommen sind.

Inhaltlich waren die letzten Jahre bestimmt durch Aktivitäten im Rahmen der Weiterentwicklung der Psychiatriereform im Land Bremen. Der entsprechende Beschluss der Bremischen Bürgerschaft von 2013 sieht vor, dass das entsprechende Konzept zur Weiterentwicklung bis 2020 erarbeitet werden muss. Dementsprechend wurde auch in den Jahren 2016 bis 2019 noch stark an Ideen, Vorstellungen und Entwicklungsmöglichkeiten gearbeitet – und die DGSP hat immer versucht, an den verschiedenen Stellen mitzuwirken, Planungen konstruktiv kritisch zu begleiten und zu hinterfragen. In diesem Sinn hat ein Großteil der Arbeit auch in kleineren Arbeitsgruppen stattgefunden, an denen Vertreter der DGSP mitgewirkt haben oder die wir als Landesverband organisierten. Daneben hat die Netzwerkarbeit mit anderen Akteuren der sozialpsychiatrischen Versorgung eine wichtige Rolle eingenommen und viel Zeit bei den aktiven Mitgliedern gebunden.

Hervorzuheben sind u.a.:

- **Arbeitsgruppe Politik:** Hier wurden die verschiedenen Vorschläge von Behörde, Klinikum und übergreifenden Initiativen geprüft, bewertet und entsprechende Stellungnahmen dazu erstellt.
- **Arbeitsgruppe PsychKG:** Diese wurde von der Behörde initiiert und breit besetzt, hier hat die DGSP mit einem ständigen Vertreter mitgearbeitet.
- **Durchführung der jährlich stattfindenden „Woche der Seelischen Gesundheit“,** in Zusammenarbeit mit anderen Initiativen.
- **Entwicklung Fürsprache und Beschwerdewesen:** Die gemeinsame Arbeit mit der EXPA Bremen / Bremerhaven (trialogische Gruppe von Expert*innen durch Krisenerfahrung als Betroffene oder Angehörige und Expert*innen durch Berufserfahrung) für die Schaffung eines Angebotes musste Ende 2016 leider eingestellt werden, da sich keine Finanzierungsmöglichkeit abzeichnete. Der LV hält aber weiter aktiven Kontakt zum bundesweiten Bundesnetzwerk Unabhängiger Beschwerdestellen Psychiatrie.
- **Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2019:** Durch intensiven Austausch und in einer öffentlichen Veranstaltung mit Vertretern der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien wurde der zukünftige Umgang mit sozialpsychiatrischen Themen diskutiert und in die Öffentlichkeit gebracht.
- **Durchführung eines Fachtags:** Hier wurden konkrete Konzeptvorschläge zur Weiterentwicklung der Psychiatriereform vorgestellt und öffentlich diskutiert.
- **Unterstützung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen** zur Verbesserung der psychosozialen Gesundheitsversorgung, sowohl ideell als auch finanziell (z.B. „Freitagspferd / Freitagseesel“ der EXPA).

Für die nähere Zukunft wird eine wichtige Aufgabe darin liegen, die Aussagen der Politik aus den Wahlprüfsteinen und dem aktuellen Koalitionsvertrag daraufhin zu prüfen, welche konkreten Handlungen in Politik und Verwaltung folgen. Dies soll sowohl in sozialpolitischer Arbeit geschehen als auch durch konkrete Mitwirkung in Facharbeitskreisen und öffentlichen Veranstaltungen. Im Herbst 2019 wird auch eine Vorbereitungsgruppe für die DGSP-Jahrestagung 2020 gebildet, die dann in Bremen stattfinden wird. Daneben wollen wir die Mitgliederwerbung und -pflege weiter in den Blick nehmen. In diesem Zusammenhang ist auch die Weiterentwicklung der Homepage zu nennen, die in gemeinsamer Ausrichtung mit dem Bundesverband erfolgt.

Sprecher: Michael Tietje

E-Mail: gs@dgsp-bremen.de

Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HGSP)

2017 hat sich die HGSP vorrangig mit der Gründung der Stiftung Soziale Psychiatrie Hamburg (SPH) beschäftigt. Diese wurde eingerichtet um die bis dato unter dem Dach der HGSP e. V. befindlichen Gesellschaften Gemeindepsychiatrisches Zentrum Eimsbüttel (GPZE), Gemeindepsychiatrische Dienste (GPE) sowie der gemeinnützigen Hamburger Wohnungs- und Vermietungsgesellschaft (gHWV) in eine neue, eigenständige Trägerschaft zu überführen. Damit und darüber hinaus sollte die Fachgesellschaft in Ihrem psychiatriepolitischen Handeln gestärkt werden.

In 2018 wurde die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) erfolgreich mit 3 Vollzeitstellen innerhalb der "neuen" HGSP eingerichtet sowie neue Räumlichkeiten in der Schauenburgerstraße 6 in der Hamburger City angemietet. Dort erfolgt sowohl die Leistungserbringung der Teilhabeberatung als auch die Geschäftsstellenarbeit der HGSP. In diesem Jahr sowie in 2019 wurde zudem

die psychiatriepolitische Arbeit verstärkt und im Rahmen der Mitgliederversammlung 2018 die kritische Auseinandersetzung mit dem Hamburger PsychKG unter Beteiligung von Dr. Heinz Kammeier, weiteren Expert*innen sowie den Selbsthilfeverbänden geführt.

*Sprecher: Michael Schweiger
E-Mail: info@dgsp-hamburg.de
www.dgsp-hamburg.de*

Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HeGSP)

Aktivitäten 2017/18:

- Kritische Begleitung des am 1. August 2017 in Kraft getretenen Psych.-KHG-Hessen
(Die Besuchskommissionen wurden erst jetzt, nach dem Wallraff-Report und Psychiatrieskandal, erstmals besetzt und eingeladen; Stand: Juli 2019) Trends: Anfängliche Schwierigkeiten bei der Klärung der Zuständigkeiten in bestimmten Regionen; genereller Rückgang der Zwangsaufnahmen nach PsychKHG in den Kliniken
- Fachhearing des Landesverbandes zum Thema Soziotherapie am 24. Oktober 2017 im Kreissaal des Lahn-Dill-Kreises: Erfolg: Erstes überregionales Fachgespräch in Hessen unter breiter Beteiligung. Kritik: Es ist nicht gelungen, die Krankenkassen irgendwie ins Boot zu bekommen, sodass wir hier keine Fortschritte bewirken konnten. Weitere Aktivitäten in diesem Punkt haben wir nicht verfolgt.
- Diskussion der Umsetzung des BTHG auf Landesebene. Unterstützung, dass der LWV weiterhin für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen zuständig bleibt. Das Lebensabschnittsmodell (ab 18 Jahre Zuständigkeit des LWV, vorher Jugendamt) wird, im Konsens mit der Position des DPWW-Hessen, präferiert.
- Es wird festgelegt, dass 2018 wieder eine hessenweite Tagung stattfinden soll mit dem Thema „Vermeidung von Zwang in der Behandlung psychischer Erkrankungen“.
- Vorbereitung und Durchführung der Tagung am 9. Oktober 2018 „... und wie geht's? ... anders? – Neue Wege in Therapie und Begleitung psychisch beeinträchtigter Menschen“ in der Vitos-Klinik Marburg mit 160 Teilnehmer*innen
- Mitarbeit beim Hessischen Sozialministerium an der Thematik Gesetzes-/Verordnungsvorlage zur Vermeidung von Fixierungen und Zwangsbehandlungen
- Kritische Begleitung der BTHG-Umsetzung auf Landesebene

Ausblick 2019:

Wie setzt der LWV die Eingliederungshilfe und den Beteiligungsanspruch im Bereich psychisch erkrankter Menschen um?

- Besuchskommissionen ins Laufen bringen
- Vorbereitung einer Veranstaltung zum Thema „Gute Rahmenbedingungen in Behandlung und Therapie in der Psychiatrie umsetzen. Was können Beschwerdestellen, Patientenfürsprecher und Besuchskommissionen beitragen?“ am 7. Oktober 2019 in der Vitos-Klinik Marburg
- Beschäftigung von EX-IN-Mitarbeiter*innen
- Unterstützungsbedarf und Schulungen für Beschwerdestellen in Hessen?
- Neue Aspekte in der Forensik? Besuchskommission nicht mehr aktiv.

Die HeGSP hat wieder zahlreiche innovative Projekte und Initiativen mit Zuwendungen unterstützt.

Die Vorstandssitzungen finden in der Regel vierteljährlich statt und sind öffentlich.

Es nehmen zwischen fünf und zehn Personen an den Sitzungen teil. Der Vorstand ist trialogisch besetzt. Geschäftsführender Vorstand: Petra Lauer, Detlev Detering, Heike Dech, Constantin v. Gatterburg, Anja Rößner-Uhlmann.

*Sprecherin: Petra Lauer
E-Mail: lauer-petra@oikos-sozialzentrum.de
www.dgsp-hessen.de*

DGSP Niedersachsen e.V. (DGSP-N)

Personelle Situation im Vorstand und in den Vorstandssitzungen
Im Rahmen der Mitgliederversammlung am 16. Juni 2016 in Wunstorf übernahm David Korting (Sozialarbeiter aus Lüneburg) das Amt des Vorstandsvorsitzenden der DGSP-N von Dr. Sebastian Stierl, der das Amt über zehn Jahre innehatte. In den geschäftsführenden Vorstand wurden Kurt Spannig (Kassenwart), Hermann Grütter (2. Vorsitzender) und David Korting und in den erweiterten Vorstand Marlene Stierl, Folke Sumfleth, Till Wölki, Janet Meyer, Annelis Arms, Bernd Dörgeloh und Susanne Harbort gewählt. Die Vorstandssitzungen der DGSP-N finden in der Regel alle drei Monate statt. Die Vorstandssitzungen sind öffentlich, Gäste sind herzlich willkommen. Für die Vorbereitung von Stellungnahmen und Veranstaltungen finden darüber hinaus weitere Treffen und Arbeitsgruppen statt.

Der Landesverband Niedersachsen hat 210 Mitglieder. Davon sind 63 institutionelle und 147 persönliche Mitglieder (Stand: April 2019).

Themen und Inhalte der Vorstandssitzungen und Aktivitäten Ab Juli 2016

DGSP-N-Stellungnahme an das Nds. Sozialministerium und an die im Nds. Landtag vertretenen Parteien zu den Überlegungen des Nds. Sozialministeriums zur Bildung eines Sondervermögens zur Krankenhausfinanzierung. Schriftliche Antwort erhielten wir von der SPD-Fraktion und von der damaligen Sozialministerin Cornelia Rundt.

Ende 2016 beschloss der Vorstand der DGSP-N die Überarbeitung und Aktualisierung des eigenen Internetauftrittes, um mehr Mitglieder und Interessierte zu erreichen.

2017

Einladung der DGSP-N zur Anhörung im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration des Nds. Landtages am 9. März 2017 zum Gesetzesentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG). Da wir an dem Tag leider nicht persönlich teilnehmen konnten, übermitteln wir zum Entwurf zwei DGSP-N-Stellungnahmen an den Präsidenten des Nds. Landtages.

Teilnahme der DGSP-N an der Veranstaltung des Landesfachbeirats Psychiatrie Niedersachsen „Landespsychiatrieplan Niedersachsen. Start in eine neue Reformära?“ vom 3. bis 5. April in der Evangelischen Akademie Loccum. Nach der schriftlichen DGSP-N-Stellungnahme zum Entwurf des Landespsychiatrieplans (23. März 2016) erhielt die DGSP-N in Form eines Vortrages auf der Veranstaltung die Gelegenheit, Stellung zu den Zielen und Strategien des Landespsychiatrieplans Niedersachsen zu beziehen.

DGSP-N-Jahrestagung „Zuhören hilft – die Rolle des Dialogs in der Gemeindepsychiatrie“

Am 15. Juli 2017 fand unsere Jahrestagung in Wunstorf statt. Im Rahmen der Tagung stellten rund 120 Teilnehmer*innen gemeinsam mit den Referenten*innen die Rolle des Dialogs und die bisher erreichte Umsetzung in der Gemeindepsychiatrie auf den Prüfstand. Erstmals kam ein Evaluationsbogen für die Jahrestagung zum Einsatz, um eine schriftliche Rückmeldung von den Teilnehmer*innen zur Jahrestagung zu erhalten.

Am 18. August 2017 nahm die DGSP-N an einem Treffen des DGSP-Fachausschusses Forensik in Lüneburg teil. Inhaltlich ging es um die Einrichtung eines juristischen Kompetenzzentrums für den niedersächsischen Maßregelvollzug.

Am 24. Oktober 2017 fand in Braunschweig der 10. Aktionstag seelische Gesundheit unter dem Titel „Innovationen für die Gemeindepsychiatrie – Was hilft uns weiter?“ statt. Die DGSP-N ist Kooperationspartner, unterstützte den Aktionstag finanziell und war in einem Workshop zum Thema „Peer-Beratung“ vertreten.

2018

Im April 2018 wurde der neue Internetauftritt der DGSP-N fertiggestellt: www.dgsp-n.de

DGSP-N-Jahrestagung „Die verschwundenen Menschen in (geschlossenen) Heimen – Wer fragt nach?“

Am 21. Juni 2018 fand in der Psychiatrischen Klinik in Lüneburg die Jahrestagung des Landesverbandes Niedersachsen der DGSP (DGSP-N) statt, an der ca. 100 Personen teilnahmen. Gemeinsam wurde von Angehörigen, Psychiatrie-Erfahrenen und Mitarbeitenden aus der Gemeindepsychiatrie die Frage nach den verschwundenen Menschen in (geschlossenen) Heimen gestellt. Ziel der Tagung war es, das Thema der geschlossenen Heimunterbringung kritisch und differenziert darzustellen sowie mit allen Beteiligten zu diskutieren, um die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema voranzutreiben. Ein Bericht zur Jahrestagung erschien auch in der DGSP-Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“ (Heft 04/2018).

Am 17. Oktober 2018 fand in Oldenburg der 11. Aktionstag für seelische Gesundheit unter dem Titel „Psychiatrie und Inklusion – Na, wie geht's? Spannende Perspektiven für den Versorgungsalltag“ statt. Die DGSP-N ist Kooperationspartner, unterstützte den Aktionstag finanziell und war unter anderem in einem Workshop zum Thema „Wer braucht Inklusion: die ‚Behinderten‘ oder die Bevölkerung?“ sowie durch eine Tagungsbeobachtung vertreten.

Zweite Stufe der Novellierung des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) im Nds. Landtag

Die DGSP-N beschloss, die bisher gute Zusammenarbeit und den Austausch mit der Landesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener Niedersachsen e.V. (LPEN) und der Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen psychisch Kranker in Niedersachsen und Bremen e.V. (AANB) zu intensivieren. Dies soll in Form von regelmäßigen Treffen und der Beteiligung von LPEN und AANB an der Vorbereitungsgruppe der DGSP-N-Jahrestagung erfolgen. Begonnen wurde damit bei der Vorbereitungsgruppe für die DGSP-N-Jahrestagung 2019 in Wunstorf.

2019

DGSP-N-Jahrestagung „Die Psychiatrie gibt es nicht. Wie entstehen Bilder über Psychiatrie? Wahrnehmungen – Bilder – Realitäten“
Am 20. Juni 2019 fand in der KRH Psychiatrie in Wunstorf die Jahrestagung des Landesverbandes Niedersachsen der DGSP (DGSP-N) statt, an der ca. 130 Personen teilnahmen. Gemeinsam mit den Teilnehmer*innen, den Referent*innen und verschiedenen Vertre-

ter*innen aus Presse und Medien wurden folgende Fragen diskutiert: Wie entstehen so unterschiedliche Sichtweisen von Psychiatrie? Auf welchen Wahrnehmungen und Erfahrungen basieren diese? Welche Funktionen üben diese Sichtweisen aus? Welche Rolle spielt hierbei die Sprache? Wie entwickelt sich dadurch Stigmatisierung? Welche Rolle spielt die Berichterstattung in der Presse und den Medien?

Auf der Mitgliederversammlung im Anschluss an die Jahrestagung wurde ein neuer Vorstand gewählt: Als neuer Vorstandsvorsitzender wurde Folke Sumfleth (Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie aus Uelzen) gewählt. Den geschäftsführenden Vorstand komplettieren Hermann Grütter (2. Vorsitzender) und Kurt Spannig (Kassenwart). In den erweiterten Vorstand wurden Marlene Stierl, Till Wölki, Janet Meyer, Annelis Arms, Bernd Dörgeloh, Susanne Harbort, Karin Haehn, Andreas Grube und Marten Schönherr gewählt.

Weitere Themen, die in den vergangenen Jahren im Vorstand diskutiert wurden:

Wie können wir neue Mitglieder bzw. Nachwuchs für die DGSP gewinnen, speziell Nachwuchs für die Vorstandsarbeit? (Kooperation mit Hochschulen, Gutscheine für die Jahrestagung der DGSP-N bei Neueintritt in die DGSP, neuer Internetauftritt etc.)

Mitglieder niedersachsenweit erreichen

In den letzten Jahren haben sich Lüneburg und Hannover als Austragungsort der DGSP-N-Jahrestagung etabliert und bewährt. Um im westlichen Niedersachsen präsenter zu sein, wurde unter anderem überlegt, einen weiteren Tagungsort (z.B. Oldenburg oder Osnabrück) im Westen Niedersachsens zu etablieren. Alternativ wurde über kleinere Veranstaltungen (Themenabende) vor Ort nachgedacht.

Bedeutung und Umsetzung des BTHG in Niedersachsen

Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) in Lüneburg
Der aktuelle Kurs der Sozialpsychiatrischen Zusatzausbildung (SPZA) in Lüneburg, der 2017 begonnen hat, neigt sich allmählich dem Ende entgegen. Die meisten Kursteilnehmer*innen haben ihr Praktikum absolviert, und einige Abschlussarbeiten sind bereits fertiggestellt. Der multiprofessionell besetzte Kurs zeichnete sich durch ein hohes Maß an sozialer Kompetenz, Diskussionsfreudigkeit und Eigenreflexion aus. Dabei geht es um wichtige sozialpsychiatrische Themen, wie Inklusion, Umgang mit psychisch erkrankten Menschen und deren Angehörigen, Gesprächsführung und Selbstreflexion. Die Vermittlung einer sozialpsychiatrischen Grundhaltung steht im Zentrum der Fortbildung. Die Abschlusspräsentation der Kursteilnehmer*innen (Gesundheits-Krankenpflege, Heil- und Erziehungspflege, Sozialarbeit und Ergotherapie) fand am 28. Juni 2019 mit geladenen Gästen im Seminarhaus in Lüdersburg statt. Die Kursleiter Marlene Stierl und Till Wölki blicken dann einem weiteren, gemeinsamen 2,5-jährigen Kurs voraussichtlich ab Januar 2020 entgegen. Die Weiterbildung richtet sich an alle Berufsgruppen, die mit psychisch erkrankten Menschen arbeiten.

Sprecher: David Korting
E-Mail: info@dgsp-n.de
www.dgsp-n.de

Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (RGSP)

Im letzten Quartal 2016 wurde die Mitgliederversammlung für 2017 geplant. Parallel dazu wurde mit der Planung von zwei Tagungen, eine als Kooperationspartner und eine als Veranstalter, begonnen.

2017

Die Mitgliederversammlung fand am 25. April 2017 in Viersen im Alten Sudhaus statt. Hierzu konnte, wie 2016 bereits angekündigt, der Dramatiker und Wiener Burgschauspieler Klaus Pohl für eine Lesung gewonnen werden.

Der Autor las aus seinem neuen Theaterstück „Lasst die Kinder spielen“. Ein ungewöhnliches, kreatives Mädchen soll medikamentös an die Erwartungen der familiären, insbesondere schulischen Anforderungen angepasst werden. Die Geschichte basiert auf einer wahren Begebenheit in New York. Der Autor bezieht sich auch auf die Stellungnahme, die nach einem Expertenhearing in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und der Patriotischen Gesellschaft 2013 entstanden ist und breit diskutiert wurde, Thema: „Eine Generation wird krankgeschrieben. Die Ausbreitung von ADHS“.

Im Vorstand gab es zwei Wechsel. Für den Schatzmeister Rüdiger Szapons wurde in den geschäftsführenden Vorstand Frau Sabine Hartmann gewählt. Im erweiterten Vorstand wurde Herr Markus Kellmann für Herrn Andreas Kernchen gewählt. Alle anderen zehn Mitstreiter*innen stellten sich erneut zur Wahl und wurden durch die Wahl bestätigt.

Weiterhin war die RGSP in Sitzungen und Ausschüssen an der Landespsychiatrieplanung NRW im MGEPA beteiligt.

Im Mai wurde einer Einladung vom MAIS zum Landesausführungsgesetz gefolgt.

Am 27. Juni beteiligte sich die RGSP als Landesverband und Kooperationspartner an der Tagung der DGSP „Teilhabe für alle! – Übergänge gestalten. Das Bundesteilhabegesetz und die ‚Schwierigsten‘“. Die Veranstaltung war ausverkauft.

Am 29. August 2017 fand ein Fachtag der RGSP mit 160 Teilnehmer*innen in Düsseldorf statt. Titel: „Lebensweltorientiert, in Krisen gut erreichbar, dialogisch – Elemente einer zeitgemäßen psychiatrischen Versorgung“

Darüber hinaus ist die ganzjährige Mitarbeit an verschiedenen Workshops der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zum neuen Bundesteilhabegesetz zu erwähnen.

Zusätzlich gab es zur besseren Vernetzung eine Teilnahme an einer Sitzung des Netzwerkes der Sozialpsychiatrischen Dienste NRW im Juli. Zum Ende des Jahres konnte trotz kurzfristiger Aufforderung seitens der Landesregierung eine Stellungnahme zum Entwurf eines Ausführungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (AG-BTHG NRW) erarbeitet und veröffentlicht werden.

Im Jahr 2017 konnten wir wegen verschiedener Erkrankungen der verantwortlichen Vorstandsmitglieder für das Extrablatt lediglich ein Extrablatt veröffentlichen.

2018

Im Januar fand in Düsseldorf ein Austausch mit Herrn Dönisch-Seidel, Landesbeauftragter für den Maßregelvollzug, statt.

Weiterhin wurde die Mitgliederversammlung geplant. Die Mitgliederversammlung fand am 29. Mai 2018 in der Tagesstätte der AWO in Düsseldorf statt. Hauptthema war Partizipation, Psychiatrie-Erfahrene als selbstverständliche Akteure der Gemeindepsychiatrie. Hierzu wurden Psychiatrie-Erfahrene als Referenten zu den Spezialthemen EX-IN, Klientenrat, Peer Counseling und unabhängige Teilhabeberatung eingeladen.

Parallel wurde mit einer Tagungsplanung für März 2019 gemeinsam mit dem PTV Solingen und dem DPWV zum Thema „Vermeidung von Zwang und Gewalt“ begonnen.

In den folgenden Monaten wurde kontinuierlich bis 2019 in verschiedenen Arbeitsgruppen der AGpR zum Thema „Die Zukunft gehört uns, Weiterentwicklung der SPZ“ mitgearbeitet.

Nach wie vor nahm und nimmt das Bundesteilhabegesetz ganzjährig viel Raum ein. In verschiedensten Gremien (Arbeitsausschüssen / Fachtagungen / freie Wohlfahrtspflege) arbeitet die RGSP mit, setzt sich mit den Themen BEI-NRW (neuer Hilfeplan / Trennung von fach- und existenzsichernden Leistungen, Landesrahmenvertrag / Wirkungskontrolle etc.) auseinander und veröffentlicht hierzu Stellungnahmen und Fachartikel.

Zum Ende des Jahres fand eine Vorstandssitzung mit der Aktion psychisch Kranke (Jörg Holke) statt, um Kooperationsmöglichkeiten und Bündelung zu Themen wie BTHG zu erzielen.

Schließlich wurde sich parallel zu allem zum Ende des Jahres mit der Mitgliederversammlung 2019 beschäftigt. Hierzu konnte bereits Herr Dirk Lewandrowski, Leiter Dezernat 7 LVR, Eingliederungshilfe, gewonnen werden. Zusätzlich begann die Planung einer Veranstaltung mit Herrn Flemming zum Thema „Wirkungsorientierung in der Eingliederungshilfe“.

Im Jahr 2018 konnten wir wegen verschiedener Erkrankungen der verantwortlichen Vorstandsmitglieder für das Extrablatt lediglich ein Extrablatt zum Ende des Jahres veröffentlichen.

2019

Neben der Vollendung der Planung der Mitgliederversammlung am 28. Mai 2019 nahmen zu Beginn des Jahres parallele Planungen für den Fachtag mit dem PTV Solingen „Würde und Zwang“ am 13. März 2019 in Solingen, eine für den Herbst geplante Veranstaltung zum Thema „Wirkungsorientierung in der Eingliederungshilfe“ sowie die Planung der DGSP-Jahrestagung viel Raum in Anspruch.

Beim Fachtag zum Thema „Würde und Zwang“ am 13. März waren 120 Teilnehmer*innen dabei.

Der Vorstand beschloss den Beitritt zu dem NRW Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen“.

Die Mitgliederversammlung am 28. Mai 2019 wurde von über 50 Teilnehmer*innen besucht. Es fand eine lebhaftige Diskussion mit dem Landesrat Herrn Dirk Lewandrowski statt.

Zudem wurden die Verhandlungen zu den neuen Landesrahmenverträgen von verschiedenen Vorstandsmitgliedern in verschiedenen Gremien dauerhaft wahrgenommen.

Abschließend bleibt mehr als erfreulich festzuhalten, dass die Vorstandssitzungen nicht nur von allen dreizehn Vorstandsmitgliedern, sondern auch von anderen Interessierten regelmäßig und gut besucht werden. So können immer wieder weitere „Mitstreitende“ gewonnen werden.

Die Vorstandssitzungen finden nach wie vor monatlich an wechselnden Standorten (Duisburg, Viersen, Mönchengladbach, Köln, Düsseldorf etc.) statt und sind öffentlich. Jeder ist eingeladen, mitzuarbeiten. Termine und Veranstaltungsorte sind auf der Homepage unter www.rgsp.de zu entnehmen.

Sprecher: Stefan Corda-Zitzen
www.rgsp.de

DGSP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz e.V.

Im Berichtszeitraum stand die Beschäftigung mit den Veränderungen durch das BTHG im Mittelpunkt unserer Arbeit. Es fanden zwei Gespräche mit Joachim Speicher, dem zuständigen Abteilungsleiter im Sozialministerium, statt, in denen zusammen überlegt wurde, welche Rolle die DGSP bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Land übernehmen könnte.

Im Herbst 2017 fand ein Fachgespräch mit dem Ministerium statt. Am 26. September 2019 wird eine Fachtagung mit dem Thema „Teilhabe verwirklichen – Rechte wahren“ die aktuelle Entwicklung in Rheinland-Pfalz beleuchten.

Im Herbst 2018 beschäftigte sich eine Fachtagung mit den Veränderungen in der Forensik nach der Novellierung des § 63 StGB.

Das Interesse an diesen Fortbildungsangeboten des Landesverbandes ist groß, die Teilnahme an den daran anschließenden Mitgliederversammlungen lässt aber leider zu wünschen übrig. Die Mitgliederzahl des Landesverbandes ist zwar relativ stabil, es treten immer wieder auch neue Mitglieder ein, zu einer aktiven Mitarbeit ist aber kaum jemand zu bewegen. Diese Entwicklung macht uns große Sorgen, es fehlt der Nachwuchs für die Arbeit im Vorstand.

Das ist umso bedauerlicher, da die Stimme der DGSP in der Landespolitik gehört wird. Die Mitarbeit im Landesbehindertenbeirat und im Landespsychiatriebeirat ist neben der Veranstaltung der Fachtagungen die zweite große Säule unserer Arbeit. Wir hoffen, diese Mitarbeit auch in Zukunft personell gewährleisten zu können.

Sprecher: Josef Bernardy

E-Mail: josef@bernardynet.de
www.dgsp-rheinland-pfalz.de

Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V. (SGSP)

Wegen Wechsel im Vorstand und andauernder Überlastung der handelnden Personen liegt aktuell kein Bericht des Landesverbandes Sachsen vor. Informationen zur SGSP unter: <https://sozialpsychiatrie-in-sachsen.de/>

DGSP Saarland e. V.

Der Landesverband hatte im Berichtszeitraum eine unveränderte Mitgliederzahl und drei bis vier jährliche Arbeitstreffen mit aktiven, insbesondere Einrichtungsvertreter*innen, die unsere Jahresveranstaltung mit planten und die DGSP-Arbeit unterstützten.

Es wurden im Berichtszeitraum drei Mitgliederversammlungen (Neuwahl Vorstand 2018) durchgeführt.

Der aktuelle Vorstand des Landesverbandes setzt sich zusammen aus: Vorsitzender: Horst Schneider

1. Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Martin Kaiser

Kassenwartin: Christel Kiefer

Kassenprüferin: Sonja Kirsch

Beisitzer: Holger Simon

Wir hatten (haben) im Berichtszeitraum zwei große Fachveranstaltungen:

Am 30. September 2016: „Jung psychisch krank (Sucht, Straße, Knast – perspektivlos)“

Die Veranstaltung hatte mit fast 120 Besucher*innen eine gute Resonanz.

Am 28. Oktober 2019: „Ausblick Sozialpsychiatrie im Saarland – wohin führt uns der Koalitionsvertrag bis 2022?“

Im Jahr 2018 sollte eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Justizministerium zum Thema „Folgeversorgung Forensik“ stattfinden. Es

gab mehrere Vortreffen und auch einen Termin. Die Veranstaltung ist aufgrund eines Personalwechsels im Ministerium dann ausgefallen, sodass wir so kurzfristig keine sonstige Veranstaltung mehr in Angriff nehmen konnten. Alle Veranstaltungen konnten wir auch durch beantragte Totomittel weitgehend kostenneutral bzw. mit minimalen Selbstkosten planen und durchführen.

Sprecher: Horst Schneider

E-Mail: h.schneider@psp-homburg.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt e.V.

2018 wurden ein neuer Vorstand und der erweiterte Vorstand gewählt. Im November 2018 fand nach umfassender Beteiligung an der Vorbereitung durch den LV die Jahrestagung der DGSP mit dem Thema „Sozialpsychiatrische Versorgung unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Ungleichheiten“ statt. In den Beiträgen spiegelte sich auch die besondere Situation der sozialpsychiatrischen Versorgung in einem ostdeutschen Flächenland wieder.

In der Zeit von 2018 bis 2019 war die DGSP in das Beteiligungsverfahren zum neuen PsychKG des Landes eingebunden und konnte Vorschläge zur Verbesserung unterbreiten.

Der Vorstand und der erweiterte Vorstand haben sich regelmäßig getroffen. Dabei haben sich auch mehrfach Vertreter der Angehörigen und der Psychiatrie-Erfahrenen als Gäste beteiligt.

Für den Vorstand: Jutta Meinerts, Marc Fesca und Thorsten Leitz

Sprecherin: Jutta Meinerts

E-Mail: dgsp-lsa@web.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie Schleswig-Holstein e.V. (DGSP-SH)

Aktivitäten 2019:

Motto: Konstruktive Unruhe stiften!

Regionaler Fachtag – Fortbildungsverband Sozialpsychiatrie/DGSP-SH: „Teilhabe und Genesung – Psychiatrie gemeinsam gestalten!“, am 12. März 2019 in Neumünster, 60 Teilnehmer*innen

Referent*innen u.a.:

Jann Schlimme: „Abklingende Psychose – Verständigung finden, Genesung begleiten“

Günther Wienberg: „(Fast) alles geht auch ambulant – das funktionale Basismodell“

Fortbildungsverband 2019 – breites Themenspektrum: von S3-Leitlinien über Recovery, Schematherapie, Biografiearbeit bis Gruppenmoderation – erstmals deutlich weniger Nachfrage!

gFAB-Fortbildungskurs: 14 Teilnehmer*innen – gemeinsam mit IBAF im Prüfungsausschuss

Nächster EX-IN-Kurs in Vorbereitung

Schreiben an Sozial- und Gesundheitsminister Garg zum Thema „Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen“ – Fortschreibung des PsychKG und Bitte um einen integrativen, partizipativen Dialogprozess – bislang ohne Antwort

Intervention bei der Fraktion Die Grünen vor dem Hintergrund drei uns bekannter Todesfälle in der Uni-Psychiatrie im Zusammenhang mit Zwangsfixierungen – keine Antwort (wurde dann allerdings überlagert von den Neuregelungen auf Bundesebene)

Mitwirkung bei der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit – Sektion klinische Sozialarbeit / Frau Gahleitner, Dieter Röh: Curriculum (Psycho-)soziale Therapie?

Weitere Planungen für 2019:

Reaktivierung Bündnis Sozialpsychiatrie (Landesebene)

Regionale Dialogforen zur Situation der Psychiatrie resp. Gestaltung, Kooperation, Rahmenbedingungen etc. in Schleswig-Holstein unter dem Diktat der Regionalverwaltungen

Auseinandersetzung mit der Fortschreibung PsychKG

Nachwuchsrekrutierung – Vorstandswahl im Herbst!

Sprecher: René Skischally

E-Mail: r.skischally@bruecke-sh.de

www.dgsp-sh.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Thüringen e. V.

Themen der Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen bzw. der Vorstandsarbeit

- Aufbau und Freischaltung einer Homepage für den Landesverband als Informations- und Diskussionsforum zu sozialpsychiatrischen Themen und Fragestellungen 2016 www.dgsp-thueringen.de.
- Intensive Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der veränderten Voraussetzungen durch das neue Teilhaberecht - Bundesteilhabegesetz auf die sozialpsychiatrische Versorgung in Thüringen.
- Mitarbeit im Landesfachbeirat Psychiatrie und in der Landessteuerungsgruppe „Integrierter Teilhabepan (ITP)“, als dem landesweit eingeführten Hilfeplanungsinstrument.
- Teilnahme und Mitarbeit in unterschiedlichen Arbeitsgruppen zur Entstehung und Evaluation des 1. Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Bei folgenden Themen bzw. Arbeitsgruppen arbeiteten Mitglieder des Landesverbands Thüringen aktiv mit: Arbeit und Beschäftigung, - Bauen, Wohnen und Mobilität, - Gesundheit und Pflege, - Schutz der Persönlichkeitsrechte, - Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben, Bewusstseinsbildung.
- Diskussion zum aktuellen Stand der Neufassung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (ThürPsychKG).
- Austausch zum aktuellen Stand der Verhandlungen eines Thüringer Landesrahmenvertrages nach § 131 SGB IX bzw. die Bewertung des Verhandlungsergebnisses und der daraus zu erwartenden Folgen für die Sozialpsychiatrische Versorgungslandschaft in Thüringen (z.B. Zukunft der kleinen Träger?).
- Auseinandersetzung mit den verschiedenen Themen im Bereich der Sozialpsychiatrie, Abstimmung von Positionen und Haltungen, Vernetzung mit anderen Akteuren, z.B. mit der Betroffenen Selbsthilfe
- Durchführung einer Veranstaltung zum Ist-Stand und den Perspektiven der psychiatrischen Versorgung in Thüringen am 28.08.2019 in der Fachhochschule Erfurt. Als Hauptredner konnte Herr Dr. Dr. Stefan Weinmann gewonnen werden.

Themenschwerpunkt: Zukunft des Landesverbandes

Nachdem es wegen geringer Beteiligung der Mitglieder schon 2016 schwierig war, einen Vorstand zu wählen, der dann mit Andreas Pawella (Vorsitzender), Dirk Bennewitz (Stellvertreter) und Claudia Ködel (Schatzmeisterin) seine Arbeit aufnahm, musste die satzungsgemäße Neuwahl eines Vorstands 2018 mangels Kandidat*in-

nen und nur äußerst geringem Mitgliederinteresse um ein Jahr verschoben werden.

Die verbliebenen 7 aktiven Mitglieder (von insgesamt 34 Mitgliedern) haben sich dann im Verlauf des vergangenen Jahres intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob der Weiterbestand des Landesverbandes unter diesen Voraussetzungen sinnvoll ist, zumal auch eine erneute schriftliche Bitte um Rückmeldung bei den Mitgliedern auf kein Interesse stieß. Bedauert wurde in diesem Zusammenhang, dass sich auch die Bundes-DGSP diesem Thema auf der Jahrestagung 2018 in Magdeburg nicht widmen wollte.

In der Mitgliederversammlung am 28.08.2019 wurde dann von den 12 anwesenden Mitgliedern mehrheitlich für den Fortbestand des Landesverbandes votiert und die Bedeutung sozialpsychiatrischen Arbeitens und sozialpsychiatrischer Themen gerade in der aktuellen Situation in Klinik und Gemeindepsychiatrie hervorgehoben.

Mit Reinhard Strecker (Vorsitzender), Prof. Dr. Eckhard Giese (Stellvertreter) und Claudia Nenninger (Schatzmeisterin) konnte schließlich ein neuer Vorstand gewählt werden. Das (allseits bekannte) Thema Aktivierung von Mitgliedern und die Werbung neuer, aktiver Mitglieder gerade auch in den Kliniken ist damit sicherlich noch lange nicht vom Tisch. In diesem Zusammenhang wurde die Initiative des DGSP-Vorstandes begrüßt, am 15. November 2019 zu diesem Thema nach Fulda einzuladen.

Sprecher: Reinhard Strecker, Andreas Pawella

E-Mail: info@dgsp-thueringen.de

Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V. (WGSP)

Schwerpunkte der Aktivitäten des Landesverbandes:

Die Projektgruppe EX-IN OWL hatte 2018 den vierten Kurs EX-IN auf den Weg gebracht (Trägerschaft durch den Verein der Psychiatrie-Erfahrenen Bielefeld – VPE Bielefeld e.V. und der WGSP), der im Juni 2019 mit 21 Teilnehmer*innen abgeschlossen wurde.

Derzeit wird eine Vereinsgründung EX-IN OWL vorbereitet.

Der fünfte Kurs wird derzeit vorbereitet und soll 2020 beginnen (siehe www.ex-in-owl.de).

Die dritte Herforder Tagung zur Thematik „Wege aus der Depression“ fand am 1. Oktober 2019 statt. Nach den Schwerpunkten der Kritik an den Antidepressiva und alternativer Behandlungsmethoden geht es in diesem Jahr darum, wie ein „sanfter“ Entzug von Antidepressiva ermöglicht werden kann, sowie um die Diskussion und Kritik an der EKT („Zur Wiederkehr des Elektroschocks: Therapie oder Schädigung?“).

Es wurde ein Gesprächskreis „Medikamente und alternative Behandlung“ initiiert, der sich alle vier bis sechs Wochen trifft. An ihm nehmen Profis, Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige teil. Themen: vor allem Alternativen zu Medikamenten, Überlegungen zur und Unterstützung bei der Reduzierung.

Die Kooperation mit dem VPE Bielefeld e.V. führt immer wieder zu gemeinsamen Aktivitäten.

Weiterhin Teilnahme am Trialog in Bielefeld.

Außerdem:

Die nächste Mitgliederversammlung der WGSP wird im November dieses Jahres stattfinden. Hauptthemen sind: Änderungen in der Trägerschaft der EX-IN-Kurse und der Fortbestand der WGSP.

Sprecherin: Maria Canovai

wgsp@gmx.de

Die umfassenden Kontaktdaten der Landesverbände finden Sie unter: <https://www.dgsp-ev.de/ueber-uns/landesverbaende.html>



DGSP e.V., Zeltinger Str. 9

50969 Köln

Telefon: 0221/51 10 02

Fax: 0221/52 99 03

E-Mail: dgsp@netcologne.de

Internet: <http://www.dgsp-ev.de>